



Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit
nachhaltigen Wirtschaftens

Dörte Segebart, Sarah Hackfort, Claudia König,
Daniela Gottschlich, Stephanie Roth, Ulrike Röhr

Wissensproduktion im Spannungsfeld von Care, Gender und Green Economy – Wissenschaftliche Einrichtungen als Impulsgeberinnen für nachhaltiges Wirtschaften?

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Das Arbeitspapier ist ein Produkt des Verbundvorhabens von LIFE e.V. in Zusammenarbeit mit der Leuphana Universität Lüneburg und der Freien Universität Berlin.

ISBN 978-3-944675-25-5

Informationen zu unseren weiteren Veröffentlichungen und deren Bestellmöglichkeiten unter: www.cage-online.de

Berlin/Lüneburg, Oktober 2014



Inhaltsverzeichnis

Projektkontext	4
1. Einleitung – Wissenschaftliche Einrichtungen, Gender, Care und Green Economy	4
2. Wissensproduktion für eine nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft	7
3. Grün, geschlechtergerecht und vorsorgend? Konzepte, Strategien und Instrumente von Nachhaltigkeit in wissenschaftlichen Einrichtungen	9
<i>Institutionalisierung von Nachhaltigkeit in den Hochschulen</i>	9
<i>Nachhaltigkeit im Betrieb von wissenschaftlichen Einrichtungen</i>	9
<i>Soziale und ökonomische Nachhaltigkeit in wissenschaftlichen Einrichtungen</i>	10
<i>Wissenschaftliche Einrichtungen als Arbeitgeberinnen – Beschäftigungsverhältnisse, Care und Geschlecht an der „unternehmerischen Hochschule“</i>	11
4. Wissenschaftliche Einrichtungen – Kristallisationspunkte der Forschungs- und Innovationspolitik im Kontext von Green Economy, Gender und Care	13
<i>Grundlagen und ausgewählte Aspekte der deutschen und europäischen Forschungs- und Innovationspolitik</i>	14
<i>Forschungsprogramme für eine Green Economy? Einblicke in Horizont 2020, die Hightech-Strategie 2020 und FONA</i>	15
5. Technologie- und Wissenstransfer an den Markt – Wissenschaftliche Einrichtungen und Gründungsförderung für Nachhaltigkeit?	17
<i>Förderung akademischer Gründungen im Hinblick auf Green Economy, Gender und Care</i>	18
<i>Akademische Gründungsberatung</i>	20
	21
6. Innovative Hochschule, Transformative Wissenschaft? Wissenschaftliche Einrichtungen als potentielle Impulsgeberinnen für nachhaltiges Wirtschaften	21
<i>Handlungsfeld Steuerungskapazitäten der wissenschaftlichen Einrichtungen</i>	21
<i>Handlungsfeld Forschungs- und Innovationspolitik</i>	22
<i>Handlungsfeld Akademische Gründungsförderung</i>	22
7. Literatur	23



Projektkontext

Angesichts der gravierenden sozial-ökologischen Krisenphänomene wie Klimawandel, Finanzkrisen, Armut oder Ressourcenkonflikte wurde das Konzept der Green Economy zum zentralen Instrument einer nachhaltigen Entwicklung erklärt. Entsprechende Diskussionen prägten die Konferenz der Vereinten Nationen zu nachhaltiger Entwicklung „Rio+20“ im Juni 2012 in Rio de Janeiro und die diversen Vorbereitungstreffen der Regierungen, der Zivilgesellschaft wie auch der Wissenschaft. Dabei zeigen sich große Defizite bei der für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Verbindung zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten in Forschung, Politik und Wirtschaft sowie der Einbeziehung der Genderperspektive.

Ziel des Verbundvorhabens „Care, Gender und Green Economy. Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit nachhaltigen Wirtschaftens“ (CaGE) war es, das Innovationspotenzial der Gender- und Care-Forschung in den Wirtschafts- und Umwelt- und Naturwissenschaften zu stärken. Innovative Ansätze an dieser Schnittstelle wurden identifiziert und durch verschiedene Instrumente (Vernetzung, Wissens- und Kommunikationsplattform, Wissenschaft-Praxis-Dialoge, CaGE Texte), die an unterschiedliche Zielgruppen angepasst wurden, kommuniziert.¹

Das vom Bundesministerium für Forschung und Bildung geförderte Projekt wurde in zwei Teilvorhaben durchgeführt. In Teilvorhaben 1 wurden die Schnittstellen von Care, Gender und Green Economy aufgezeigt, Akteur_innen vernetzt sowie integrierende Ansätze in der Forschung zu Gender, Care und Green Economy identifiziert, um daraus Strategien und Empfehlungen zur Integration der Genderdimensionen in die Forschung zu nachhaltigem Wirtschaften und Green Economy sowie zur Chancengerechtigkeit und Gleichstellung in diesen Forschungsbereichen zu entwickeln. Ein Expertinnen-Workshop diente zur Vernetzung von Wissenschaftlerinnen und zur Identifizierung von Forschungsbedarf. Bei einem Wissenschafts-Praxis-Dialog, bei welchem weitere Akteur_innen aus Wissenschaft, Praxis und Forschungsförderung zusammenkamen, wurden erste Ergebnisse diskutiert und Impulse für wissenschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen gegeben. Teilprojekt 1 wurde von LIFE e.V. mit Unterstützung der Leuphana Universität Lüneburg durchgeführt. Das Teilprojekt 2 fokussierte auf den Themenbereich wissenschaftliche Einrichtungen, Care und Green Economy und untersuchte die Rolle

wissenschaftlicher Einrichtungen für die Integration von Care und Gender in die Green Economy. Ziel war es, Strategien und Empfehlungen für eine innovative Wissenschaftspolitik und zukunftsfähige wissenschaftliche Einrichtungen zu entwickeln, um ihre Rolle in der Umsetzung notwendiger gesellschaftlicher Transformationsprozesse aufzuzeigen und zu stärken. Im Rahmen eines Wissenschafts-Praxis-Dialoges wurden die Forschungsergebnisse vorgestellt und diskutiert. Das Teilvorhaben 2 wurde von der Freien Universität Berlin durchgeführt.

Diskussionspunkte und Ergebnisse des Workshops und der Wissenschafts-Praxis-Dialoge sind in den hier vorgelegten Beitrag eingeflossen. Wir bedanken uns auf diesem Wege nochmals bei allen Teilnehmer_innen für ihre Anregungen.

1. Einleitung – Wissenschaftliche Einrichtungen, Gender, Care und Green Economy

Green Economy wird spätestens seit der Rio+20 Konferenz als Schlüsselstrategie zur Umsetzung von Nachhaltigkeit behandelt. Trotz des Bekenntnisses zu einer ganzheitlichen Sichtweise auf Nachhaltigkeit in hochrangigen Papieren zum Konzept einer Green Economy (z.B. BMBF und BMU 2012, UNDESA 2012, UNEP 2011), betonen die heute vorherrschenden verkürzten Verständnisweisen von Green Economy vornehmlich die Bedeutung technologischer Innovationen zur Erreichung von Effizienzsteigerungen, zur Steigerung der Marktchancen und der Wettbewerbsfähigkeit (BMU und BDI 2012). So wird beispielsweise die Entwicklung von neuen, effizienteren und CO₂-ärmeren Fahrzeugen als ein zentraler Bestandteil einer Green Economy gesehen. Die Weiterentwicklung und Umsetzung von Konzepten des Carsharing sind dagegen weit weniger prominente Modelle für eine veränderte nachhaltigere Mobilität in einer Green Economy (vgl. auch Schneidewind und Singer-Brodowski 2013). Um gesellschaftliche Transformationsprozesse für eine nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen, ist jedoch neben der Umsetzung von technologischen auch die Realisierung von sozialen Innovationen notwendig, die tiefgreifende Veränderungen der sozialen und ökonomischen Strukturprinzipien unserer Gesellschaften bedeuten. Dazu gehört insbesondere die verstärkte Anerkennung und Wertschätzung der bezahlten und unbezahlten Sorge- und Versorgungsarbeiten (Care-Arbeiten) und der Reproduktionsfähigkeit der Natur. Soziale und natürliche Ressourcen bleiben bislang weitgehend unbeachtet und unbewertet, werden aber als unendliche Ressourcen für das ökonomische System stetig abgeschöpft und verwertet und bilden damit die Basis jeglichen

.....
¹ Auf der Online-Plattform <http://www.cage-online.de/> können sich Wissenschaftler_innen, Expert_innen und Praktiker_innen vernetzen, Informationen austauschen und sich aktiv an den Diskussionen zur Integration der Care- und Genderperspektive in die ökonomische Forschung zu beteiligen.



Wirtschaftens. Produktive soziale Care-Leistungen, die immer noch maßgeblich Frauen erbringen, sowie die ökologische Produktivität werden also einerseits als vermeintlich reproduktiv aus der Marktökonomie abgespalten und externalisiert, andererseits jedoch verinnahmt und ausgeschöpft (Biesecker und Hofmeister 2006; 2010: 70; genanet 2011: 6f.; Bauhardt 2013: 11)². Unser Verständnis von Green Economy dagegen beinhaltet einen umfassenden sozial-ökologischen Transformationsprozess hin zu einer an Suffizienz und Gerechtigkeit orientierten, nachhaltigen Entwicklung von Ökonomie und Gesellschaft, die explizit die Vorsorge und damit die Sicherung der sozialen und natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt jedes Wirtschaftens stellt (Gottschlich et al. 2014).

„Vorsorge ist (...) ein bewusstes Sich-in-Beziehung-Setzen des Menschen zu seinen Mitmenschen (einschließlich zukünftiger Generationen), zu seiner Mitwelt, von und zu sich selbst als menschlichem Lebewesen“
(Biesecker et al. 2000: 58).

In diesem Arbeitspapier beschäftigen wir uns mit der These, dass der Wissenschaft und ihren Institutionen in diesen Transformationsprozessen eine zentrale Aufgabe zukommt: Sie sind eine relevante Grundlage für die dafür notwendige Wissensproduktion – zum Erkennen und Analysieren der Probleme sowie zur Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten. Sie können damit durch die Entwicklung von technologischen *und* sozialen Innovationen den notwendigen gesellschaftlichen Transformationsprozess mit anstoßen, unterstützen und begleiten. Sie können innerhalb und außerhalb der wissenschaftlichen Einrichtungen Möglichkeitsräume öffnen und weiter entwickeln. In den folgenden Kapiteln werden daher die Potenziale, Spielräume und Grenzen von wissenschaftlichen Einrichtungen untersucht, sich substantziell an der Entwicklung und Umsetzung des Konzeptes einer Green Economy zu beteiligen, das über bisherige und unserer Ansicht nach verkürzte Verständnisweisen von Green Economy hinausgeht.

Wissenschaft wird alltäglich in administrativen Regeln und bürokratischen Routinen vollzogen. Zusammen mit anderen Einflussgrößen geben die Einrichtungen den Rahmen vor, in dem wissenschaftliche Fragen gestellt, analysiert und beantwortet werden. Sie beeinflussen mit, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis gelangen. In Deutschland zählen

² Siehe hierzu auch CaGE-Texte Nr.1/2014 (Gottschlich et al. 2014).

zu den wissenschaftlichen Einrichtungen die Hochschulen und Fachhochschulen und weitere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Das statistische Bundesamt zählte für 2012 und 2013 428 Hochschulen und Fachhochschulen³. Dazu kommen noch über 260 Forschungszentren der Helmholtz- und Leibniz Gemeinschaften und der Max Planck und Fraunhofer Gesellschaft.⁴ Besonders unter dem Stichwort des Technologietransfers werden Hochschulen und andere wissenschaftliche Institutionen in den vergangenen Jahren neben den zwei klassischen Aufgaben der Lehre und Forschung immer häufiger mit dem Begriff der Innovation in Verbindung gebracht. Innovationsforschung ist zu einer zentralen Aufgabe von wissenschaftlichen Einrichtungen geworden.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen spielen in verschiedener Hinsicht eine bedeutsame Rolle in Bezug auf die Themenbereiche Green Economy, Care und Gender:

- Die wissenschaftlichen Einrichtungen agieren als **Wissensproduzentinnen und Innovationsentwicklerinnen** und gestalten über ihre Aktivitäten in Forschung und Lehre **Themen, Inhalte, Werte und Diskurse** zu Green Economy, Care, Gender und damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Innovations- und Transformationsprozessen mit.
- Gleichzeitig betreiben sie als **Arbeitgeberinnen** auch **Arbeits- und Beschäftigungspolitik** und schaffen **Strukturen und Bedingungen** für Wissenschaftler_innen und ihre Arbeit mit direkten und indirekten Auswirkungen auf Care, Gender und Green Economy in den individuellen Produktions- und Reproduktionsverhältnissen der Arbeitnehmer_innen.
- Die **Forschungs- und Innovationspolitik** sowie konkrete Forschungsförderprogramme beeinflussen die **Produktion von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die Strukturen und Bedingungen an wissenschaftlichen Einrichtungen** und durch eine entsprechende Gründungsförderung die Ausgründungen aus der Wissenschaft.
- **Über den Wissens- und Technologietransfer**, z.B. in Form von **Gründungsförderung** haben wissenschaftliche Institutionen immer häufiger einen direkten Bezug zum Markt und agieren dort direkt als Unternehmerinnen.

Der Zusammenhang dieser Wirkungsfelder, die sich untereinander beeinflussen, lässt sich wie in Abbildung 1 dargestellt, zusammenfassen:

.....

³ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/HochschulenHochschularten.html> (letzter Zugriff am 07.02.2014)

⁴ <http://www.bmbf.de/de/5355.php> (letzter Zugriff am 07.02.2014). Das BMBF führt 17 Helmholtz-Institute, jeweils 80 Einrichtungen der Fraunhofer und Max Planck Gesellschaft und 87 Leibniz Institute an.

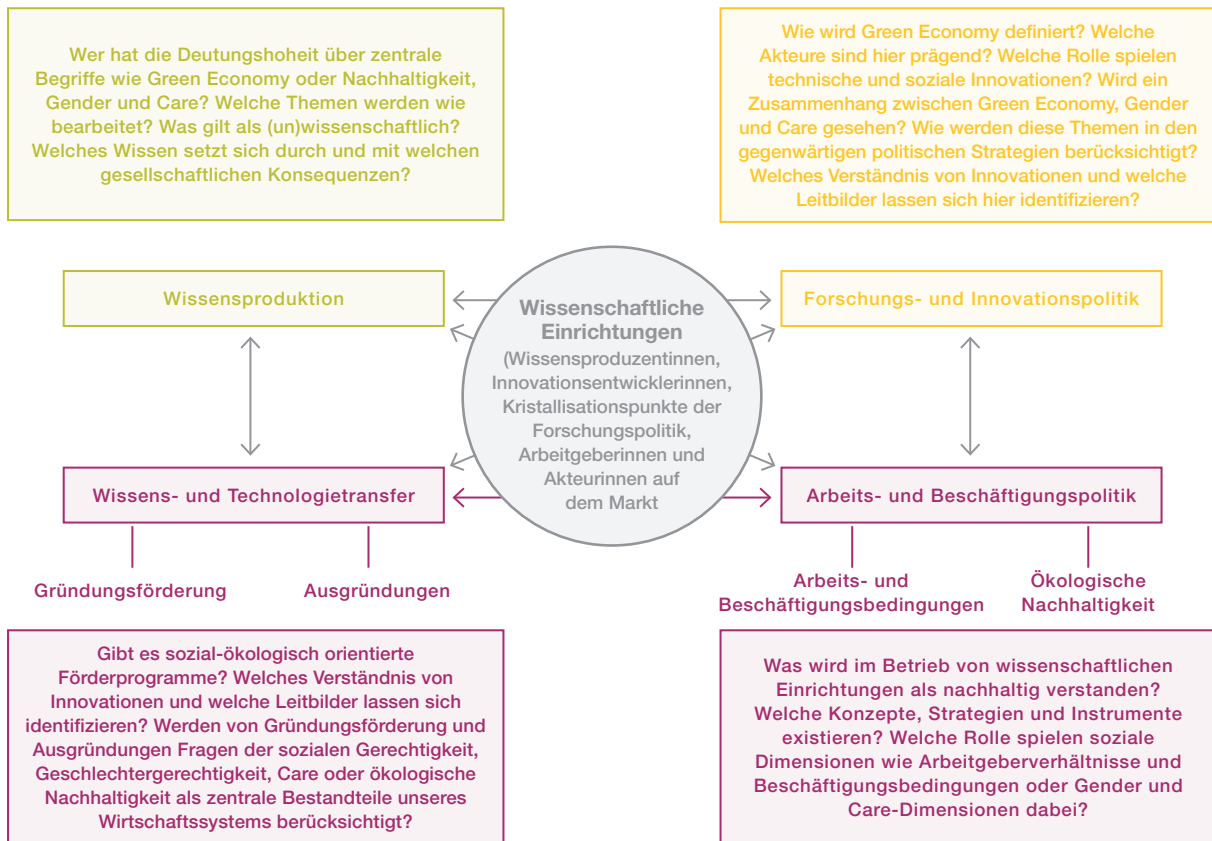


Abbildung 1:
Rolle und Aktionsbereiche wissenschaftlicher Einrichtungen im Zusammenspiel von Green Economy, Gender und Care

Wenn wir wissenschaftliche Einrichtungen als Räume der Entwicklung und Umsetzung von sozialen Innovationen verstehen, so haben sie als Arbeitgeberinnen von Wissenschaftler_innen in zweifacher Hinsicht die Möglichkeit, Anstöße zu geben für eine Neudefinition von gesellschaftlich anerkannter Arbeit und somit einen Beitrag zu „einer grundsätzlichen Umgestaltung der bestehenden Geschlechterordnung moderner Gesellschaften“ (genanet 2011: 7) zu leisten. Einerseits können sie durch entsprechende Maßnahmen zu Nachhaltigkeit Modelle für eine mögliche Verbindung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten in einer Green Economy vorleben. Neben Maßnahmen zur ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit gehören dazu vor allem die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Durch diese können sie Geschlechtergerechtigkeit leben und Care als gesellschaftlich notwendige und anerkannte Arbeit in den Mittelpunkt stellen.

Durch diese gelebte Kultur können wissenschaftliche Einrichtungen andererseits die entsprechenden Strukturen und Bedingungen schaffen für eine Wissensproduktion, die Gender und Care einbezieht, somit auf einem ganzheitlichen Verständnis von Green Economy

basiert und gleichzeitig zu diesem beiträgt. Dabei steht die gelebte Kultur an wissenschaftlichen Einrichtungen in einem engen Zusammenhang mit ihrer (möglichen) Wissensproduktion zu Green Economy und Care. Denn Wissenschaft vollzieht sich nicht unabhängig von den Subjekten, die sie durchführen und den forschungspolitischen Bedingungen, unter denen diese arbeiten. Wer forscht (und lehrt), an welchen politischen und organisatorischen Positionen sich die Personen befinden und unter welchen sozialen, zeitlichen, emotionalen und intellektuellen Bedingungen sie arbeiten, beeinflussen Themen und Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen. Zudem definieren die Akteure und Institutionen der Forschungspolitik durch die in ihrem Rahmen entwickelten Forschungsförderprogramme die Inhalte und Themen für die Wissensproduktion in Hochschulen und anderen Einrichtungen. Sie legen damit den inhaltlichen Rahmen fest, in welchem sich Forschungsprojekte bewegen sollen. Dieser Rahmen basiert auf bestimmten Werten bis hin zu Begriffsdefinitionen und diskursiven Deutungsmustern, von denen auch die drittmittelfinanzierten Forschungsprojekte zunächst ausgehen (müssen). Einfach ausgedrückt: Geforscht wird vorrangig zu den Themen, die Forschungspolitik und -förderung vorgeben. „Da Forschungszentren und



Projektförderung auf die Einwerbung von Drittmitteln ausgerichtet sind, importieren sie die thematischen Prioritäten der Drittmittellandschaft“ (Gläser et al 2009: 339) und es entsteht ein „Trend [...] zur Forschung im Mainstream“ (Gläser et al. 2009: 348).⁵

Für den Fall der Forschung zu Green Economy heißt das: Wenn Green Economy von Forschungspolitik und -förderung vor allem verstanden wird als grünes Wachstum, das durch effizienzsteigernde Technologien erreicht werden soll, dann wird die Anzahl derjenigen Forschungsprojekte gering bleiben, die Green Economy in einem umfassenderen Sinn mit einem ganzheitlichen gesellschaftlichen Transformationsprozess verbinden. Ebenso gilt umgekehrt: Nur wenn sich ein politischer Wille hin zu umfassenden gesellschaftlichen Neugestaltungen in der Forschungspolitik und ihren entsprechenden Förderprogrammen und -ausreibungen widerspiegelt, dann besteht hier auch die Chance auf wissenschaftliche Aktivitäten und Erkenntnisse, die über bisherige Forschung zu Green Economy weit hinausgehen.

Mit Blick auf diese Zusammenhänge und Fragen wird die vorliegende Studie die Rolle wissenschaftlicher Einrichtungen als Ort der gesellschaftlichen Wissensproduktion (Kapitel 2), als Arbeitgeberinnen (Kapitel 3), als Kristallisationspunkt der Forschungs- und Innovationspolitik (Kapitel 4) und als Ort der akademischen Gründungsförderung (Kapitel 5) in ihrer Bedeutung für das Zusammendenken und Praktizieren von Green Economy, Gender und Care untersuchen. Im Schlusskapitel (Kapitel 6) wird ein erstes Fazit gezogen und ein Ausblick auf weiterführende Strategien und Empfehlungen gegeben.

2. Wissensproduktion für eine nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft

Wissen durch Forschung zu erweitern und durch Lehre weiterzugeben ist das Ziel wissenschaftlicher Einrichtungen. Die dafür notwendigen Prozesse der Wissensproduktion sind generell beeinflusst von den jeweiligen Wissensproduzent_innen, ihrem historischen, sozialen und kulturellen Kontext, ihrem Geschlecht oder ande-

⁵ Gläser et al. haben in ihren Untersuchungen den Einfluss der evaluationsbasierten Forschungsfinanzierung an australischen und deutschen Universitäten untersucht. Da die empirischen Erhebungen der Autor_innen vor 2005 durchgeführt wurden, gilt ihnen Deutschland im Vergleich zu Australien als „Nullmessung“ (Gläser et al. 2009: 330). Sie führen an, dass sie ihre Untersuchungen an deutschen Hochschulen „noch unter den Bedingungen tradierter akademischer Selbstverwaltung und schwacher bis fehlender Evaluationen im Bereich Forschung“ (ebd.) durchgeführt haben. Sie gehen davon aus, dass sie insofern „auch den Status quo ante vor der Exzellenzinitiative und ihren möglichen Folgen“ (ebd.) erfasst haben. Ihre kritischen Aussagen zum Einfluss auf die evaluationsbasierte Forschungsfinanzierung auf die Wissensproduktion beziehen sie deshalb vor allem auf die australische Situation, wobei sie feststellen, dass in Deutschland zunehmend ähnliche Trends zu beobachten seien (ebd: 349ff).

ren Differenzen und Privilegien sowie den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen und den damit verbundenen Akteurs- und Interessenskonstellationen. Diese beeinflussen die Auswahl der Themen und Fragen, die in wissenschaftlichen Untersuchungen bearbeitet werden und die Erkenntnisse, die durch- und umgesetzt werden ebenso wie deren gesellschaftliche Relevanz und Legitimität. Wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung geschieht also nicht im neutralen Raum, sondern ist beeinflusst vom jeweiligen Subjekt, welches wissenschaftlich arbeitet sowie durch objektive und strukturelle Abhängigkeiten, Zwänge und darin eingeschriebene Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Auch das Wissen, welches zu Themen der Green Economy und den damit in Verbindung stehenden Innovations- und Veränderungsprozessen produziert wird, kann daher kaum als objektiv und herrschaftsneutral betrachtet werden.

Die durch die Einrichtungen und ihre Mitarbeiter_innen produzierten wissenschaftlichen Ergebnisse und Erkenntnisse beeinflussen die gesellschaftliche Sichtweise auf bestimmte Themen und konstruieren so Realitäten. So wurde zum Beispiel der Klimawandel auch durch seine wissenschaftliche Entdeckung und breite Thematisierung zu einer gesellschaftlichen Realität. Auf ähnliche Weise werden Personen in der Erwerbsarbeit und die ökologische Natur durch (umwelt)ökonomische Theorien und Terminologien von Subjekten zu wirtschaftlichen Ressourcen. Die Wissenschaft ist also ein wichtiger Akteur in der Konstruktion von Wirklichkeit. Welche Themen wie bearbeitet oder nicht bearbeitet werden, welche Fragen gestellt werden oder nicht, welche Erkenntnisse dabei gewonnen oder nicht gewonnen werden und was als anerkannt und legitim gilt, ist von diesen Faktoren entscheidend beeinflusst und unterliegt stetigen Veränderungsprozessen. Deshalb müssen die Wahrheiten und Wirklichkeiten, welche die Wissenschaft schafft, weniger als objektive Tatsachen, als vielmehr immer auch als individuell und kollektiv konstruiert betrachtet werden.

Verschiedene wissenschaftskritische Theorieansätze der Wissenschaftsgeschichte, der Wissens- und Wissenschaftssoziologie oder der feministischen Wissenschaftskritik haben dies eindrücklich gezeigt. Feministische Wissenschaftstheoretiker_innen verstehen deshalb alles Wissen als *situated knowledge* („situiertes Wissen“) (Harding 2010; Haraway 1988). Sie betonen damit die Kontextgebundenheit der Subjekte wissenschaftlicher Arbeit und des durch sie produzierten Wissens. Feministische Wissenschaftskritiker_innen haben in diesem Zusammenhang insbesondere die Vergeschlechtlichung, den Androzentrismus und die Geschlechterblindheit des dominanten wissenschaftlichen Wissens, seiner Institutionen und der Erkennt-



nisprozesse in der ökonomischen Theorie und Praxis kritisiert und zu korrigieren versucht (Holland-Cunz 2005; Knorr Cetina 1981; Scherrer und Young 2010; Weingart 2003). Diese beeinflussen ganz wesentlich „die Bedingungen der Möglichkeit, überhaupt WissenschaftlerIn werden zu können, bis hin zur Frage, warum was als wissenschaftlich anerkannt wird oder nicht. Das betrifft die Auswahl dessen, was als erklärungsbedürftig angesehen wird, das heißt die Wahl der Forschungsfragen [...] sowie jene Prozesse, die einer wissenschaftlichen Erkenntnis zu ihrer Durchsetzung verhelfen [...]“. (Singer 2010: 293).

Die gesellschaftliche Wissensproduktion findet dabei längst nicht mehr nur in akademischen Räumen statt. Durch „die Ökonomisierung des Wissenschafts-systems“ (Spangenberg 2013: 80) und die steigende Bedeutung von Drittmittelforschung sowie durch die zunehmenden Anforderungen an das Wissenschafts-system mit neuen Wissensformen, Unsicherheiten und Nichtwissen umzugehen, ist sie wesentlich komplexer geworden. Der Begriff der *Mode 2-Wissenschaft* (Nowotny 2004) beschreibt diese Tendenz der Wissensproduktion auch außerhalb der hierarchisch-akademisch institutionalisierten Räume. Durch die Problemdefinition im Dialog verschiedener pluraler Akteure, die Heterogenität der Perspektiven, die Vielfalt von Fähigkeiten, Erfahrungen und Expertise für die Problemlösung, wird Wissen transdisziplinär, überschreitet institutionelle Barrieren und gilt als flexibler und robuster. Hinzu kommen die anhaltenden sozial-ökologischen Krisenerscheinungen, die die gesamtgesellschaftlichen Lebensgrundlagen und Reproduktionsfähigkeiten gefährden. Die Wissenschaft steht also mehr denn je „unter Veränderungsdruck“. Das Spannungsverhältnis von gesellschaftlichen Anforderungen an Grundlagenforschung einerseits und nützliche Anwendungsorientierung andererseits konfrontiert sie mit der Notwendigkeit „die Frage zu stellen, was in den Wissenschaften selbst erhalten und was verändert werden muss, damit sie zukunftsfähig bleiben“ (Jahn 2013: 33). Dabei gilt eine grundsätzliche (Eigen-)Kritikfähigkeit, die (Selbst-)Reflektion über ihre Forschungsgegenstände, Forschungsziele, Methoden und Kooperationen „als Voraussetzung für eine demokratische Wissensgesellschaft“ (Jahn 2013: 29; Ober 2014b: 35).

Neben den wissenschaftskritischen und feministischen Ansätzen haben insbesondere auch Vertreter_innen der transformativen oder auch gemeinwohlorientierten Wissenschaft auf Aspekte von Macht und Demokratie in der Wissensproduktion hingewiesen. Demnach schaffe erst die Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure in die Wissensproduktion und in die Wissenschaftspolitik deren demokratische Legitimität und damit die Voraussetzungen für eine Wis-

senschaft, die sich den aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen und Bedarfen stellen kann. Bisher beziehen Politik und große Forschungsgemeinschaften z.B. in die Politikberatung und forschungspolitischen Richtungsentscheidungen aber vor allem Unternehmen und Unternehmensverbände mit ein. Für eine Wissensproduktion, die sich dem Gemeinwohl und der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sieht, ist aber auch die Zivilgesellschaft ein wichtiger Akteur, um den Wandel zu einer partizipativen und transparenten Wissenschafts- und Forschungskultur und entsprechenden öffentlichen Forschungsagenden und gesamtgesellschaftlicher Wissensproduktion voranzutreiben (Bergmann 2013; DNR 2013; Jahn 2013; Ober 2014a, 2014b; Schneidewind und Singer-Brodowsky 2011). Diesen Grundsätzen sehen sich beispielsweise auch die wissenschaftlichen Einrichtungen verpflichtet, die sich in der NaWis – Runde Nachhaltige Wissenschaft vereint haben. Dazu gehören die Universität Kassel, die Leuphana Universität Lüneburg, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH und das Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam. Ihr erklärtes Ziel ist „die Förderung transdisziplinärer Nachhaltigkeitswissenschaft im deutschen Wissenschaftssystem - sowohl in Hochschulen als auch in außeruniversitären Forschungseinrichtungen.“⁶ Einen vergleichbaren Ansatz hat auch das ECORNET, ein Netzwerk aus acht bundesdeutschen ökologischen Forschungseinrichtungen.⁷ Die hier versammelten Institute gründeten sich „aus den konkreten Herausforderungen der ökologischen und nachhaltigkeitsorientierten Wende“ und dem Anspruch und Bedarf nach wissenschaftlichen Einrichtungen, die diese notwendigen Transformationsprozesse wissenschaftlich begleiten und voran treiben können. „Die Institutsgründungen können als Antwort auf das Fehlen tragfähiger Konzepte und Lösungen für die drängenden ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme der damaligen Zeit gesehen werden.“⁸

Allerdings spielen auch in diesen genannten Ansätzen und Initiativen für eine transformative und nachhaltigkeitsorientierte Wissenschaft und Forschungspolitik bisher Geschlechtergerechtigkeit und Care-Aspekte eine nur untergeordnete bis gar keine Rolle. Für eine Wissensproduktion, die einen signifikanten Beitrag

6 <http://www.nawis-runde.de/nawis-home.html> (letzter Zugriff 01.09.2014)

7 Zum „Ecological Research Network“ (Ecor-net), dem Netzwerk der außeruniversitären, gemeinnützigen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschungsinstitute in Deutschland, gehören die folgenden Institutionen: Ecologic Institut, ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Öko-Institut e. V., Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UFU), Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

8 <http://www.ecornet.eu/profil.html> (letzter Zugriff 01.09.2014)



leistet zu einer nachhaltigen Ökonomie und Gesellschaft, ist die Berücksichtigung von Gender und Care als die reproduktive Basis jeder Gesellschaft und Wissenschaft jedoch Grundvoraussetzung.

3. Grün, geschlechtergerecht und vorsorgend? Konzepte, Strategien und Instrumente von Nachhaltigkeit in wissenschaftlichen Einrichtungen

Um wissenschaftliche Einrichtungen im Kontext von Green Economy hinsichtlich der Strukturen und Prozesse ihres Betriebes zu analysieren, nutzen wir den Begriff der Nachhaltigkeit hier nicht nur als Vision oder Prozess, sondern auch als konkrete Analysegröße. Dem Rat für Nachhaltige Entwicklung zufolge sind die Themen und Ansatzpunkte des Zusammenhangs von wissenschaftlichen Einrichtungen und Nachhaltigkeit zu sehen „im Verstehen der Herausforderung, in den Strukturen für neues Wissen, in der Erarbeitung von Zukunftslösungen [in den wissenschaftlichen Einrichtungen, die Autorinnen] und als Ausbilder von Nachwuchskräften und nicht zuletzt auch indem sich die Hochschulen selbst als nachhaltige Unternehmen beweisen.“⁹

Wie können sich Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen als nachhaltige Institutionen beweisen? Was wird im Hinblick auf den Betrieb von wissenschaftlichen Einrichtungen als nachhaltig verstanden? Welche Konzepte, Strategien und Instrumente existieren? Welche Rolle spielen soziale Dimensionen wie Arbeitsverhältnisse und Beschäftigungsbedingungen oder Gender und Care-Dimensionen dabei?

Institutionalisierung von Nachhaltigkeit in den Hochschulen

Die komplexe Herausforderung die nachhaltige Entwicklung in wissenschaftlichen Einrichtungen voranzutreiben, beinhaltet insbesondere in Hochschulen die anspruchsvolle Aufgabe die Forschung für Nachhaltigkeit bei gleichzeitiger Garantie der Freiheit der Wissenschaft zu institutionalisieren. Dazu gehört es Bildung für Nachhaltigkeit in den Curricula zu etablieren, transdisziplinäre Forschungsmethoden weiter zu entwickeln, gerechte und faire Arbeitsbedingungen zu sichern sowie beispielsweise Energieeffizienz und Ressourcenschutz im Betrieb wissenschaftlicher Einrichtungen zum Standard zu machen.

.....
 9 Aus dem Programm der 14. Jahrestagung des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Text zum Forum „Hochschule und Nachhaltigkeit – Pflicht und Kür“. Online verfügbar unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/de/termine/veranstaltungen-des-rates/14-jahreskonferenz/?size=1%25EF%25BF%25BDblstr%253D0#main> (letzter Zugriff am 22.04.2014).

An den rund 400 Hochschulen in Deutschland gibt es zahlreiche Professuren für nachhaltiges Management (z.B. Hochschule München), Lehrstühle für Nachhaltigkeit (z.B. Universität Lüneburg), Fachstellen für Nachhaltigkeit, Kompetenzzentren für Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeitsbeauftragte und –koordinator_innen (z.B. Katholische Universität Ingolstadt-Eichstätt). Darüber hinaus gibt es verschiedene studentische Initiativen für Nachhaltigkeit - die sich in dem Netzwerk n¹⁰ zusammen geschlossen haben – sowie eine Vielzahl an nachhaltigkeitsbezogenen Studiengängen und übergreifenden Lehrveranstaltungen (UNESCO Kommission 2013).

Kaum zu unterschätzen ist die enorme Bedeutung einer umfassenden Bildung für Nachhaltigkeit, die gleichzeitig zu der Vermittlung von Wissen über sozial-ökologische Zusammenhänge zu der systematischen Artikulation von Kritik an und Reflexion über die Verhältnisse befähigen muss. Denn eine Voraussetzung der sozial-ökologischen Transformation ist ein grundlegender Wandel der den Produktions- und Konsumweisen zugrunde liegenden Wertemuster, Rationalitäten und Subjektivitäten. Eine Veränderung der individuellen und kollektiven mentalen Infrastrukturen (Welzer 2011), in die diese eingebettet sind, erfordert langfristige Lernprozesse. Wissenschaftliche Einrichtungen können hier aktiv mitwirken, indem sie entsprechende Veranstaltungen begleiten oder unterstützen. Ein Beispiel ist die vierte internationale Degrowth Konferenz 2014 für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit an der Universität Leipzig.¹¹ Hier diskutierten Wissenschaftler_innen, Aktivist_innen und Gewerkschafter_innen intensiv darüber, welche Form des Wachstums und welche Wohlstandsindikatoren Gesellschaften brauchen, um eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben und entwickelten dazu Strategien.

Auch wenn das Ziel Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Prinzip und auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Einrichtungen zu verankern, noch weit entfernt ist, sind sehr viele gute Ansätze und Initiativen vorhanden. Im Folgenden wollen wir nur einige Maßnahmen exemplarisch beleuchten und gleichzeitig das zugrunde liegende Nachhaltigkeitsverständnis mit Blick auf unser Anliegen diskutieren.

Nachhaltigkeit im Betrieb von wissenschaftlichen Einrichtungen

Unter dem Stichwort Nachhaltigkeit im Betrieb von wissenschaftlichen Einrichtungen werden in der Regel Aspekte des ökologischen Betriebes der Einrichtungen verstanden, also beispielsweise eine nachhaltige Materialbeschaffung, eine klimaneutrale Veranstal-

.....
 10 <http://www.netzwerk-n.org/> (letzter Zugriff 01.09.2014)

11 <http://leipzig.degrowth.org/de/> (letzter Zugriff 01.09.2014)



tungsorganisation oder energieeffiziente Infrastrukturen¹². Fragen nach Beschäftigungsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und der Berücksichtigung von Sorgeaspekten (Care) finden unter dem Begriff kaum Berücksichtigung, sondern werden unter Konzepten wie soziale Verantwortung, Gleichstellung, Frauenförderung oder Familienfreundlichkeit bearbeitet.

Für die ökologische Modernisierung wissenschaftlicher Einrichtungen existieren mehrere strategische Ansätze und Instrumente, die in den vergangenen Jahren zunehmend Eingang in die Hochschulverwaltungen und die Verwaltung anderer wissenschaftlicher Einrichtungen fanden. Dazu gehören beispielsweise an der Freien Universität Berlin ein Prämiensystem für Energieeinsparungen oder freiwillige Klimaschutzverpflichtungen, die die Universität mit dem Land Berlin eingegangen ist.¹³ Auch die Leuphana Universität Lüneburg hat sich das Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden. Mittels mehrerer Solaranlagen erzeugt die Einrichtung inzwischen schon 25 Prozent ihres eigenen Stromverbrauchs und einen Teil des Warmwassers selbst. Der Serverraum im Rechenzentrum wird energiesparend über die Außenluft gekühlt. Mit einem Contracting-Konzept wird ca. 40 Prozent Primärenergie eingespart, der restliche Bedarf wird über den Bezug von regenerativen Energien gedeckt.¹⁴

Dabei besteht seitens der Verwaltung an vielen Einrichtungen eine direkte Zusammenarbeit mit den entsprechenden fachlichen Instituten. So wird beispielsweise an der Universität Kassel die zusätzliche Versorgung mit Solarenergie oder die effizientere Nutzung von Strom und anderen Energiequellen von den entsprechenden Fachbereichen durch Forschung und Lehre wissenschaftlich konzipiert und umgesetzt oder begleitet.¹⁵ In diesem Zusammenhang zunehmend beliebt sind Instrumente des Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagements wie sie auch in Privatunternehmen umgesetzt werden: Einige wissenschaftliche Einrichtungen verfügen über ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem nach den Richtlinien der EU-Verordnung *Eco-Management and Audit Scheme (EMAS)*¹⁶. Für dieses Gütesiegel erfolgen externe Kontrollen der

12 Vgl. dazu die Veranstaltungsdokumentation zum 2. bundesweiten Forum zu nachhaltiger Entwicklung im Betrieb von Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen, durchgeführt vom HIS HE am deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung und der Fachhochschule Eberswalde an der Freien Universität Berlin, verfügbar online unter http://www.his-he.de/veranstaltung/dokumentation/Forum_Nachhaltigkeit_2014, letzter Zugriff am 22.04.2014.

13 http://www.fu-berlin.de/sites/abt-3/energieumwelt/02_energieklimaschutz/index.html (letzter Zugriff 01.09.2014)

14 <http://www.leuphana.de/themen/nachhaltigkeit/aktuell/ansicht/datum/2014/06/19/leuphana-erhaelt-erneut-das-emas-umwelt-siegel.html> (letzter Zugriff 01.09.2014)

15 Vgl. das Projekt Solarcampus der Universität Kassel <http://www.solarcampus.uni-kassel.de/> (letzter Zugriff 01.09.2014)

16 <http://www.emas.de/ueber-emas/was-ist-emas/>; <http://www.emas.de/aktuelles/2014/07/2-neue-hochschulen/> (letzter Zugriff 01.09.2014)

Kriterien und ihrer Erfüllung durch eine_n staatlich zugelassene_n Umweltgutachter_in. Dazu gehören vornehmlich ökologische Kriterien, wie z.B. die komplette Umstellung bei Druckerzeugnissen auf 100% Recyclingpapier, aber auch die Mitarbeiter_innenbeteiligung, da die Ziele im gelebten Betriebsalltag nur durch die Belegschaft wirklich umgesetzt werden können. Andere Instrumente sind hier beispielsweise die CO²-Bilanzierung, die Nutzung erneuerbarer Energien (etwa durch die Installation von Solarpanels an Gebäuden der Einrichtungen) und Energiesparmaßnahmen.

Ein wichtiger Baustein des Nachhaltigkeitsmanagements an wissenschaftlichen Einrichtungen ist die Berichterstattung in regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichten. Die Lüneburger Universität sei hier als ein exemplarisches Beispiel für die zu beobachtenden Ambivalenzen genannt, die mit den marktorientierten Umstrukturierungs- und Profilbildungsprozessen der deutschen Universitäten einhergehen. Das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit bietet einerseits Chancen spezifische Themen in Forschung und Lehre zu fokussieren und voranzutreiben. Andererseits und kritisch gewendet gehört all dies zu dem unternehmerischen und marktradikalen Umbau einer öffentlichen Bildungseinrichtung zu einer „Marke“ (Knobloch 2010: 247), bei der stets ökonomische Interessen im Zentrum stehen. Wie problematisch die Versprechungen vermeintlicher nachhaltigkeitsbezogener Standardisierungen und Zertifizierungen sein können, zeigt eine Reihe von Beispielen: Die Gefahr des sogenannten *Greenwashings* - einer „Begrünung“ des Images bei gleichzeitiger Beibehaltung nicht-nachhaltiger Unternehmenspraktiken - ist groß, wenn Unternehmen oder unternehmerisch geführte Einrichtungen sich davon Wettbewerbsvorteile versprechen.¹⁷

Im Folgenden werden wir mit den ökonomischen und sozialen Dimensionen von Nachhaltigkeit an wissenschaftlichen Einrichtungen weitere Aspekte hinsichtlich ihrer Bedeutung für ein ganzheitliches Verständnis von Green Economy, welches Gender und Care integriert, näher beleuchten.

Soziale und ökonomische Nachhaltigkeit in wissenschaftlichen Einrichtungen

Im alltäglichen Betrieb von wissenschaftlichen Einrichtungen werden bestimmte Verständnisse von Nachhaltigkeit angewendet und auch auf die wissenschaftliche Arbeit übertragen. Themen des ökologischen Betriebs und die entsprechenden Forschungs- und Lehrtätigkeiten werden der Nachhaltigkeit zugeordnet. Fragen nach Geschlechtergerechtigkeit und sozial verträglichen Arbeitsbedingungen (zu denen die Berücksichtigung von

17 green.wiwo.de/visionaere-der-nachhaltigkeit-wie-gruene-pioniere-die-wirtschaft-veraendern/; <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/emas-akw.html> (letzter Zugriff 01.09.2014)



Care gehört) dagegen weniger, obwohl sie ebenso wie Fragen nach der ökologischen Verträglichkeit von betrieblichen Prozessen an wissenschaftlichen Einrichtungen Aspekte nachhaltiger Entwicklung darstellen.

Schon die auf EU-Ebene im Jahr 2000 verabschiedete Lissabon-Strategie formulierte das Ziel, die EU zu einer „wettbewerbsfähigen, dynamischen wissensbasierten Wirtschaft“¹⁸ zu machen und betonte die Notwendigkeit der Entwicklung von Humanressourcen im Wissenschaftsbereich als Wettbewerbsfaktor. Dazu gehörte auch die spezielle Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses (Kahlert 2013). Auf deutscher Ebene wurde 2008 der *Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses* vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegt. Auch hier wird die Bedeutung von hoch qualifizierten jungen Erwachsenen im globalen Wettbewerb betont. Der Bericht nennt explizit Chancengleichheit und Frauenförderung als ein wichtiges Instrument.

„Im Zuge des Aufstiegs ökonomischen Denkens und Handelns in der Wissenschaft werden Chancengleichheit, Gleichstellung und Gerechtigkeit zu einer organisationalen Leistung in und von Hochschule und Forschung. Frauen bzw. dem weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs kommt dabei die Bedeutung einer besonders förderungswürdigen Humanressource zu.“

(Kahlert 2013: 32)

Aber auch abseits der kritisch zu bewertenden Motivation Frauenförderung aus bloßen ökonomischen und demographischen Gründen zu betreiben, ergibt sich sowohl aus dem internationalen Recht als auch aus dem nationalen, deutschen Verfassungsrecht die Verpflichtung geschlechtsbezogene Diskriminierung zu verhindern und Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu ergreifen (BMBFSJ 2010). Vor diesem Hintergrund können auch die ebenfalls 2008 von der Deutschen Forschungsgesellschaft veröffentlichten forschungsorientierten Gleichstellungsstandards (DFG 2008) betrachtet werden. In dem Dokument werden personelle und strukturelle Standards für eine Gleichstellungspolitik in der Wissenschaft definiert. Das zentrale Ziel, das durch bestimmte organisatorische und strukturelle Maßnahmen erreicht werden soll, ist die Erhöhung des Frauenanteils auf allen wis-

enschaftlichen Karrierestufen. Wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland erarbeiteten auf der Basis der DFG-Standards Gleichstellungskonzepte, in denen konkrete Strategien und Instrumente entwickelt werden. Dazu gehört beispielsweise das Gender-Audit zur Evaluierung und Messung von gleichstellungspolitischen Maßnahmen oder das *Audit berufundfamilie*.

Auch der Deutsche Wissenschaftsrat empfiehlt in seiner *Offensive für Chancengleichheit 2012* verstärkte gleichstellungspolitische und weiterführende Aktivitäten, darunter die bessere Planbarkeit von Karrierewegen, transparentere Rekrutierungsprozesse, Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gender-Zielquoten für die Gleichstellung sowie Datenmonitoring. Eine Vernachlässigung dieser Maßnahmen soll sich in der Mittelzuweisung niederschlagen (Wissenschaftsrat 2012: 24 ff.).

Wissenschaftliche Einrichtungen als Arbeitgeberinnen - Beschäftigungsverhältnisse, Care und Geschlecht an der „unternehmerischen Hochschule“

Wissenschaftliche Einrichtungen geben den gesellschaftlichen, historischen und institutionellen Rahmen vor, in dem die Produktion von Wissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen organisiert und betrieben wird. Hochschulen und andere wissenschaftliche Institutionen stehen seit einigen Jahren vor der Herausforderung, sich neu strukturieren und organisieren zu müssen. Dabei sind Prozesse der Transnationalisierung und Quantifizierung zu erkennen, die häufig mit einer Ökonomisierung der Wissenschaft in Verbindung gebracht werden (Münch 2009). Wissenschaftliche Einrichtungen und Wissenschaftler_innen werden zunehmend durch quantitative Indikatoren, wie die Anzahl an Publikationen und Höhe der eingeworbenen Forschungsmittel, evaluiert. Zu den neuen Prozessen der Steuerung gehören wettbewerbsorientierte Steuerungsinstrumente der Public Management Strategien und Instrumente wie leistungsorientierte Mittelzuweisungen oder Exzellenzinitiativen zur Beförderung des Wettbewerbs zwischen und innerhalb von wissenschaftlichen Einrichtungen (Binner et al. 2013b). Zentral für die wissenschaftlichen Einrichtungen sind dabei die neuen allgemeinen Vorgaben, an deren Erfüllung die Institutionen gemessen werden. Dazu gehören beispielsweise das Erreichen von Exzellenz, Internationalität, Innovation und Wissens- und Technologietransfer (Aulenbacher et al. 2012). Die genannten Umstrukturierungsprozesse werden oft unter dem Schlagwort der „unternehmerischen Hochschule“

.....
18 http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm#Vorbereitung (letzter Zugriff 15.9.2014).



zusammengefasst (Clark 1998).¹⁹ Wissenschaftliche Einrichtungen werden dabei als Unternehmen betrachtet, die unter marktähnlichen Bedingungen agieren und bestehen müssen. Dabei haben der gesteigerte Wettbewerb zwischen und innerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen, die verstärkte Orientierung an der ökonomischen Verwertbarkeit der durch Wissenschaft produzierten Erkenntnisse und die leistungsorientierte Mittelvergabe Auswirkungen auf die Bedingungen, unter welchen wissenschaftliche Einrichtungen und ihre Mitarbeiter_innen Wissen produzieren und damit wissenschaftliche Erkenntnisse schaffen.

Eine dabei insbesondere für Hochschulen wichtige transnationale Größe ist der Bologna-Prozess, durch den in den OECD-Ländern Studienangebote homogenisiert und vergleichbar gemacht werden sollen (Binner et al. 2013a). Die damit einhergehenden Umstellungen von Studiengängen haben auch andere Strukturen und Kulturen, Selbstverständnisse und Diskurse in wissenschaftlichen Einrichtungen verändert.

Die gestiegene Bedeutung von externen Fördergeldern in der Wissenschaft steht in unmittelbarer Verbindung mit diesen Veränderungsprozessen an wissenschaftlichen Einrichtungen und ihren Auswirkungen auf Beschäftigungs-, Produktions- und Reproduktionsbedingungen von Wissenschaftler_innen und damit auf Fragen zu Gender und Care. Immer mehr Drittmittelgeber, häufig orientiert an den DFG-Gleichstellungsstandards, machen die Themen Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung zur Voraussetzung von Fördermaßnahmen und konnten so bereits für eine gestiegene Gleichstellungs- und Familienfreundlichkeitsorientierung an wissenschaftlichen Einrichtungen sorgen. Diese werden immer häufiger im Rahmen von vordefinierten Strategien, Standards und Steuerungsinstrumenten (bspw. Gleichstellungsstandards, Gender Audit, Diversity Management) umgesetzt (Riegraf und Weber 2013). Insbesondere in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit könnten neuere Instrumente wie Diversity Management, Gender Mainstreaming oder Geschlechtergerechtigkeit, Frauenförderung oder Gleichstellung als Kriterium für die Leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) Chancen bieten.

.....

19 Der Begriff geht auf die nordamerikanischen Forscher Burton Clark (Clark 1998) und Henry Etzkowitz (Etzkowitz et al. 2000) zurück. Anders als in seiner Benutzung in Europa haben Clark und Etzkowitz den Begriff *entrepreneurial university* jedoch nicht kritisch in Bezug auf die dahinterliegenden wissenschaftspolitischen Leitlinien oder auf der Basis von gesellschaftskritischen Betrachtungen benutzt. Vielmehr verstehen beide Autoren die unternehmerische Universität als Leitbild für wissenschaftliche Einrichtungen, die sich an veränderte gesellschaftliche Anforderungen anpassen müssen (Binner et al. 2013b). Burton Clark führt an: „Eine unternehmerische Universität strebt aus sich selbst heraus danach, ihr Geschäft zu modernisieren. Sie sucht nach substantiellen Veränderungen in ihrer Organisationsform, um in der Zukunft eine aussichtsreichere Stellung zu erlangen.“ (Clark 1998: 4, zitiert nach Binner et al 2013b, *eigene Übersetzung*).

In der Geschlechterforschung gibt es aber auch deutliche kritische Stimmen, die in diesen Neuerungen zu wenige oder keine positiven Entwicklungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit sehen oder sie sogar für Tendenzen neuer geschlechtsspezifischer Ungleichheiten verantwortlich machen (Binner et al. 2013a; Binner et al. 2013b, Riegraf und Weber 2013). Zunehmend wird der gestiegene Anteil an Drittmitteln an wissenschaftlichen Einrichtungen mit Stichworten wie prekären Beschäftigungsverhältnissen, entgrenzter Arbeit, dem Zwang zum Wettbewerb und der Benachteiligung von Frauen in den Förderquoten kritisiert (Jurczyk et al. 2009, Kratzer und Sauer 2007, Müller 2009). Auch das besonders in Deutschland prominente humboldtsche Ideal von Universitäten, in denen die Autonomie und Freiheit der Wissenschaft und damit auch der wissenschaftlichen Einrichtungen von höchster Bedeutung sind, wurde und wird mit den unternehmerischen Umstrukturierungsprozessen zunehmend in Frage gestellt.

In Deutschland findet die unternehmerische Hochschule zwar viele Befürworter und wird in der Wissenschaftspolitik und von den meisten Institutionen nach wie vor als Leitbild betrachtet²⁰. Es existieren jedoch zahlreiche Studien und Schriften, die die wissenschaftspolitischen Ansätze und Instrumente der „unternehmerischen Hochschule“ oder auch mit anderen Worten „Die Durchdringung der Bildungslandschaft mit dem neoliberalen Geist des Marktes“ (Knobloch 2010: 10) stark kritisieren (siehe dafür: Knobloch 2010; Dörre und Neis 2010; Kellermann et al. 2009; Münch 2009). Insbesondere der enorme Bedeutungszuwachs der Drittmittelforschung steht in der Kritik sowohl die Forschungsfreiheit einzuschränken und Forschungsthemen und –ergebnisse zu beeinflussen als auch zweifelhafte Effekte auf die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den wissenschaftlichen Einrichtungen zu haben. Aulenbacher et al. (2012) fassen die Kritik zusammen: „Die Einführung betriebs- und marktwirtschaftlicher Organisations- und Steuerungsmechanismen in die Wissenschaftsadministration geht mit der Zurückdrängung des Kollegialmodells der Selbstverwaltung einher. Die Verstärkung der Drittmittelforschung tangiert die Freiheit der Forschung. Die Architektur der Bachelor- und Masterstudiengänge lässt die Einheit von Forschung und Lehre wie damit das Selbststudium als Säule des wissenschaftlichen Lernprozesses fraglich werden [...]“ (Aulenbacher et al. 2012: 406).

In den vergangenen Jahren hat der Anteil an Drittmitteln am Gesamtetat von Hochschulen und For-

.....

20 Die Technische Universität München beispielsweise hat sich erst kürzlich wieder dem Leitbild der unternehmerischen Universität verschrieben: <https://portal.mytum.de/tum/unternehmerische-universitaet/index.html> (letzter Zugriff am 29.04.2014).



schungsinstituten stark zugenommen: Zwischen 1998 und 2010 sind die Drittmittel von wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland um ca. 100 Prozent auf fast sechs Milliarden Euro gestiegen. Ihr Anteil am Gesamtbudget der Institutionen hat sich damit von 16 auf 26 Prozent erhöht (DFG 2012). Das Einwerben von Drittmitteln ermöglicht zwar vielen wissenschaftlichen Einrichtungen die Erweiterung ihrer finanziellen Ressourcen zur Durchführung von Forschungsarbeiten. Von den eingeworbenen Drittmitteln hängen wiederum staatliche Zuschussleistungen und wissenschaftliches Prestige ab. Der steigende Anteil an Drittmitteln und die im Vergleich dazu nur wenig gestiegenen Grundmittel bedeuten aber für die wissenschaftlichen Einrichtungen und ihre Mitarbeiter_innen eine verstärkte Abhängigkeit von externer Forschungsförderung und den damit einhergehenden Bedingungen. Kritisiert werden kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse von Wissenschaftler_innen, Drittmittelwerbung als Evaluationskriterium von Wissenschaftler_innen und Universitäten sowie die mögliche Einflussnahme von Drittmittelgeber_innen auf die Forschungsthemen und -inhalte (Jansen et al. 2007; Gläser et al. 2009).

Gleichzeitig beinhalten die neuen Steuerungsprozesse auch wissenschaftspolitische Vorgaben und Standards im Bereich der Gleichstellung und Frauenförderung, die von den Institutionen erfüllt werden müssen. Riegraf und Weber (2013) stellen deshalb die Frage, inwiefern gleichstellungspolitische Ziele im Rahmen neuer Förderstrategien für Wissenschaft und wissenschaftliche Einrichtungen, wie beispielsweise der Exzellenzinitiative, auch neue Chancen bieten. Die Autorinnen kommen zu dem Schluss, dass – zumindest auf der Ebene der Professor_innen – die Verknüpfung von Mittelvergabe im Rahmen von Exzellenzinitiativen mit Frauen- bzw. Professorinnenquoten durchaus Wirkung zeigen kann. Sie geben allerdings zu bedenken, dass sich dies auf einzelne, bereits gut etablierte Wissenschaftlerinnen (Professorinnen) beschränkt und ein Nachweis der langfristigen darüber hinausgehenden und strukturellen Wirkung der Maßnahmen noch aussteht (Riegraf und Weber 2013). Zusätzlich zeigen Studien, dass sich strukturelle geschlechtsspezifische Marginalisierungs- und Diskriminierungsstrukturen sowohl im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als auch hinsichtlich der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen dadurch nicht unbedingt auflösen, sondern bestehen bleiben (Engels 2012). Denn nach wie vor wirkt das Bild der (männlichen) Wissenschaftler_innen, als zur Wissenschaft berufenen Persönlichkeiten, „die sich von anderweitigen Arbeiten [...] freistellen und [...] durch andere Menschen versorgen lassen“ (Riegraf und Weber 2013: 70). Und nicht nur der Zwang zu Mobilität und zeitlicher Flexibilität verdeutlicht die Diskrepanz zwischen dem Anspruch

der politischen Leitlinien und der Wirklichkeit der gelebten Kultur im Wissenschaftsbetrieb. Lehrtätigkeiten als Sorgearbeiten sowie die Betreuung von Studierenden oder Doktorand_innen sind für wissenschaftliche Karrieren nur geringfügig relevant und werden kaum als wissenschaftliche Qualifikation wertgeschätzt. Stattdessen werden wissenschaftliche Leistungen anhand weniger quantitativer Indikatoren wie Publikationen und Drittmittelvolumen bewertet, was auf die mangelnde Berücksichtigung der (meist von Wissenschaftlerinnen, also Frauen erbrachten) Care-Leistungen als gesellschaftlich notwendige und anerkannte Arbeit auch für den Wissenschaftsbetrieb verweist (Aulenbacher et al. 2012).

Wissenschaftliche Einrichtungen haben grundsätzlich durchaus das Potenzial als Ideengeberinnen und Entwicklerinnen von sozialen Innovationen oder durch die Selbstverpflichtung auf bestimmte Prinzipien die verschiedenen ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekte von Nachhaltigkeit zu verbinden. Die gelebte Kultur in Form ökologischer Standards und Kriterien im Betriebsalltag, aber eben auch familienfreundlicher Beschäftigungsbedingungen, bieten eine zentrale Voraussetzung für die Wissensproduktion für eine Green Economy, in der auch Geschlechtergerechtigkeit und Care zentrale Komponenten sind.

Unsere Betrachtungen der ambivalenten Prozesse an wissenschaftlichen Einrichtungen im Rahmen einer Orientierung hin zum Leitbild einer „unternehmerischen Hochschule“ legen dabei jedoch den Schluss nahe, dass diese im Moment deutlich in Widerspruch stehen zu einer Wissensproduktion, Forschungskultur und gesellschaftlichen Entwicklung, die sich an Sorgearbeit, Suffizienz und sozialer Gerechtigkeit orientiert. Die Entwicklung einer Kultur der Nachhaltigkeit kann und muss von einer modernen Universität „angepackt“ werden. Eine „unternehmerische Hochschule“ kann für uns so durchaus eine innovative, nachhaltige und gesellschaftlich transformative Einrichtung sein. Die aktuellen Dynamiken an den Hochschulen, die aktiven Diskussions- und Umstrukturierungsprozesse könnten dann positiv genutzt werden, um die bisher vorherrschenden Leitbilder und Maßnahmen zu überprüfen und klar an Visionen einer nachhaltigen, vorsorgenden, inklusiven und gerechten Gesellschaft und Wissenschaft auszurichten.

4. Wissenschaftliche Einrichtungen - Kristallisationspunkte der Forschungs- und Innovationspolitik im Kontext von Green Economy, Gender und Care

Zur Analyse der Frage, ob und wie wissenschaftliche Einrichtungen innovativ zur Entwicklung und Umset-



zung einer nachhaltigen Ökonomie und Gesellschaft beitragen können, die Gender- und Care- Aspekte in den Mittelpunkt stellen, ist die Betrachtung der europäischen und deutschen Forschungs- und Innovationspolitik von entscheidender Bedeutung. Denn insbesondere die etablierten und großen wissenschaftlichen Einrichtungen gestalten die forschungs- und innovationspolitischen Rahmenbedingungen mit. Nicht selten haben leitende Personen aus diesen etablierten wissenschaftlichen Einrichtungen auch wichtige Funktionen in wissenschaftspolitisch einflussreichen Gremien (Ober 2014b: 55 ff). Dies spiegelt sich auch in den wissenschaftspolitischen Akzentsetzungen wider, indem Projektanträge sich in die entsprechenden Drittmittelausschreibungen einfügen und anpassen müssen. Durch die zusätzliche Ausrichtung auf wirtschaftliche Verwertbarkeit von wissenschaftlicher Arbeit entsteht eine Tendenz zur Forschung im Mainstream (Gläser et al. 2009). Denn mit steigender Bedeutung und Abhängigkeit von Drittmitteln, bestimmten thematischen Calls und entsprechender Mittelvergabe wächst der Druck, auch entsprechend zu den durch die Forschungspolitik vorgegebenen Themen zu forschen. Auf weitere kritikwürdige Konsequenzen der gewachsenen Bedeutung von Drittmitteln vor allem für die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den Einrichtungen der Wissenschaft haben wir bereits hingewiesen (Kapitel 3).

Für den hier von uns behandelten Zusammenhang wollen wir erörtern, wie durch die zugrunde liegenden Leitbilder und die Strukturen der Forschungsförderung die Integration von Gender, Care und Green Economy beeinflusst wird. Wie werden diese Themen in den gegenwärtigen politischen Strategien berücksichtigt? Wie wird Green Economy verstanden, welche Themen fallen darunter? Welches Verständnis von Innovationen und welche Leitbilder lassen sich hier identifizieren? Dazu beleuchten wir die Grundlagen der europäischen und deutschen Forschungsförderung und analysieren einige Programme etwas genauer.

Grundlagen und ausgewählte Aspekte der deutschen und europäischen Forschungs- und Innovationspolitik

Grundlage für die europäische und deutsche Forschungs- und Innovationspolitik bildete zunächst die Lissabon-Strategie der Europäischen Union von 2000. Zentrales Ziel der Strategie war das Wirtschaftswachstum, das in einer Höhe von 3% sichergestellt werden sollte (Scherb 2012). Diesem Ziel sollte auch die Forschungs- und Innovationspolitik dienen (Kellermann 2009). Viele Autor_innen kritisieren, dass die Lissabon-Strategie „Wachstum um jeden Preis“ (Sitte und Schulze 2011: 27) verfolgte und zu einseitig auf internationale Wettbewerbsfähigkeit im Hochtechnologiebereich fokussierte. Auch aus der Perspektive einer

nachhaltigen Ökonomie stellt sich eine solche Zielsetzung als problematisch dar, denn die Entwicklung zu einem Gesellschaftsmodell, das die sozial-ökologische Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, beinhaltet auch eine Kultur der Suffizienz statt des bloßen quantitativen Wachstums und eines unhinterfragten Technikoptimismus (Gottschlich et al. 2014).

Mit ihrem reformierten Konzept EU 2020 nimmt die EU-Kommission zwar etwas Abstand vom Ziel des quantitativen Wachstums, indem sie im Untertitel des Konzeptes dieses als „eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (Europäische Kommission 2010) bezeichnet. Eines der Kernziele der reformierten Strategie ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Förderung von Forschung und Innovation mit dem Investitionsziel von drei Prozent des BIP:

„Die Vermarktung von Innovationen soll durch politische Impulse und Fördergelder während der gesamten Innovationskette unterstützt werden, d.h. von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung soll die Erfindung bis zur Markteinführung begleitet und gefördert werden.“²¹

Dennoch wird weiterhin am Wachstumsgedanken festgehalten und viele Autor_innen kritisieren die nach wie vor zu starken „Verwertungszusammenhänge“ (Kellermann 2009: 47) und Anbindung an die Wirtschaft (Ober 2014b; Sitte und Schulze 2011).

In der forschungspolitischen Themensetzung der Drittmittelforschung kann jedoch mitunter auch eine Chance liegen, Wissenschaft an zentralen gesellschaftlichen Werten wie der nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Forschungs- und innovationspolitische Strategien könnten dann in vielerlei Hinsicht steuernden Einfluss darauf haben, wie in der Forschung und Praxis wissenschaftlicher Einrichtungen die Themen Gender, Care und Green Economy Berücksichtigung finden. Dazu müssten die forschungspolitischen Prozesse und inhaltlichen Agenden, ihre Leitbilder und ihr Innovationsverständnis entsprechend thematisch fokussiert und gestaltet werden.

Gegenwärtig aber folgen die Forschungs- und Innovationspolitiken dem übergeordneten Leitbild und Ziel des Wirtschaftswachstums, was den Rahmen für Forschungsziele und -themen absteckt. Für eine nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft bedarf es jedoch einer differenzierten Relativierung des Wachstumsziels zugunsten gesellschaftlicher Leitbilder, die Wachstum als Mittel zu mehr Suffizienz, (Geschlechter)Gerechtigkeit

21 <http://www.euburo.de/eu2020.htm> (letzter Zugriff 01.09.2014)



keit und Care verstehen. Bisher ist das Innovationsverständnis zudem deutlich technokratisch, es wird vornehmlich auf technologische Innovationen gesetzt, entsprechend wird dazu auch geforscht (und gegründet). Für eine nachhaltige Green Economy sind jedoch soziale Innovationen ebenso notwendig. Natürlich können auch die sozialen Innovationen negativer Effekte zweiter Ordnung entfalten, die es zu berücksichtigen gilt, hier braucht es also ein gewisses Maß an Selbstreflexivität. Das bedeutet auch eine Veränderung der forschungspolitischen Agendaprozesse. Bisher beeinflussen maßgeblich Wirtschaftsakteure die Forschungsagenden in engem Austausch mit der Politik. So entstehen einseitige und begrenzte Ausrichtungen und Ziele. Hier ist eine größere Pluralität von Akteuren, wie die Einbeziehung der Zivilgesellschaft nötig, um eine demokratischere Gestaltung der Forschungsagenden zu ermöglichen.

Im Anschluss an diese allgemeinen Betrachtungen werden im folgenden Kapitel exemplarisch einige große Forschungsprogramme auf eben diese Aspekte und ihr Verständnis von Green Economy und der Integration von Gender und Care hin untersucht.

Forschungsprogramme für eine Green Economy? Einblicke in Horizont 2020, die Hightech-Strategie 2020 und FONA

Das aktuelle europäische Forschungsrahmenprogramm *Horizont 2020* verfügt für den Zeitraum 2014-2020 über 70 Milliarden Euro.²² *Horizont 2020* umfasst mit dem Fokus auf die Förderung von Wissenschaftsexzellenz, Industrieforschung und Forschung zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen drei Schwerpunktbereiche. Mit der Programmsäule „Führende Rolle der Industrie“ wurde ein Instrument konzipiert, in dessen Rahmen sich Industrieunternehmen auf Fördermittel bewerben können. Mit einem Budget von ca. 15,5 Mrd. EUR beansprucht der Programmteil ca. 22 Prozent des Gesamtbudgets von *Horizont 2020* (Diekmann 2014). Bereits bei den Vorbereitungsarbeiten zu *Horizont 2020* haben deutsche wissenschaftliche Einrichtungen Befürchtungen geäußert, künftig für die Bewilligung von Fördermitteln in direkter Konkurrenz mit Wirtschaftsunternehmen zu stehen (Sitte und Schulze 2011):

Positiv hervorzuheben ist hier, dass in *Horizont 2020* geschlechtsbezogene Chancengleichheit in dreifacher Hinsicht berücksichtigt wird: Erstens wird auf die Geschlechterverhältnisse in den Entscheidungsgremien positiv eingewirkt. Sowohl beim Monitoring des Rahmenprogramms als auch in der Begutachtung von Anträgen spielt der Anteil von Frauen und Männern

.....
²² <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/horizont2020.htm> (letzter Zugriff 01.09.2014)

eine Rolle, bei der Besetzung der Begutachtungsgremien wird auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet. Angestrebt wird hier eine Quote von 40 Prozent weibliche Gutachterinnen und 50 Prozent Frauen in beratenden Gremien. Zweitens ist die Kategorie Geschlecht eines von mehreren Querschnittsthemen und muss in der inhaltlichen Ausgestaltung von Forschungsprojekten berücksichtigt werden. Auch Genderkompetenz-Trainings können neuerdings in den Projekten eingeplant und die Kosten abgerechnet werden. Drittens stellt das Geschlechterverhältnis im Forschungsteam einen *ranking factor* in der Begutachtung bei ansonsten gleicher Punktwertung dar.²³ Diese Integration von Gender Mainstreaming bewerten wir als sehr positiv. Schon einmal wurde im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU mit dem *Gender Action Plan (GAP)* ein verpflichtendes Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit eingeführt. Der Aktionsplan konzentrierte sich damals sowohl auf die Ausweitung der Partizipation von Frauen in der Forschung, als auch auf die inhaltliche Integration von Gender-Themen und forcierte zudem die Erarbeitung konkreter Maßnahmen für mehr Chancengleichheit. Im 7. europäischen Forschungsrahmenprogramm gab es den GAP in dieser Form nicht mehr, was insbesondere von Geschlechterforscher_innen heftig kritisiert wurde (Schaffer 2010: 4). Im Rückblick zeigen sich hier also Dynamiken, die etappenweise sowohl Fortschritte als auch Rückschritte beinhalten. Verschiedene Studien und daraus hervorgehende Handlungsempfehlungen zeigen, dass hier kontinuierliches Monitoring und regelmäßige Evaluierungen wichtig sind, damit Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit und Genderaspekte stets berücksichtigt werden und dies nicht von konjunkturellen politischen Machtverhältnissen und Konstellationen abhängt (Lipinsky 2012; Schultz et al. 2001).

In Deutschland ist darüber hinaus vor allem die auf der Lissabon-Strategie basierende Hightech-Strategie (HTS) 2020 mit dem Motto „Ideen-Innovation-Wachstum“ (BMBF 2010) und ihre jüngst erschienene Neuauflage HTS 2014 prägend für die Ausrichtung der Forschungsförderung. Im Rahmen der Hightech-Strategie wird das Ziel der Innovationsförderung über die Ministerien hinweg und die Fokussierung auf besondere Leitmärkte verbunden (Sitte und Schulze 2010). Im Mittelpunkt steht „Deutschlands Position als führende Wirtschafts- und Exportnation“ (BMBF 2014: 3). Die HTS formuliert das Ziel, „durch Innovationen zukunftsfähige Leitmärkte zu prägen, diese durch gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben und damit materi-

.....
²³ <http://www.horizont2020.de/einstieg-genderaspekte.htm>; <http://www.berlin.de/sen/frauen/arbeit/wissenschaft-und-forschung/eu-forschung/>; https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/sites/horizon2020/files/FactSheet_Gender_091213_final_2.pdf (letzter Zugriff 01.09.2014)



ellen, kulturellen und sozialen Wohlstand zu sichern.“ (BMBF 2010: 3). Im Rahmen der HTS 2020 wurden insgesamt zehn Zukunftsprojekte in zentralen gesellschaftlichen Handlungsfeldern wie Energie, Mobilität, Sicherheit, Kommunikation, Ernährung, Ressourcensicherung und demographischer Wandel identifiziert. Insgesamt standen dafür 27 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2010-2013 zur Verfügung (BMBF 2010: 7). Dabei ist das Verständnis von Forschung und Innovation in Deutschland vorwiegend technologiefokussiert und legt verstärkt Gewicht auf die marktorientierte und auf Verwertung ausgerichtete Innovationsförderung.

Forschungspolitik und Hightech-Strategie in Deutschland –

„Obwohl kulturelle und institutionelle Innovationen für die Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft unverzichtbar sind, dominierten nach wie vor technologische und ökonomische Zielsetzungen.“

(Ober 2014a: 12).

Kritisiert wird auch hier die zu einseitige Konzentration auf technologieintensive Innovationen, die auf starke Lobbyarbeit großer Unternehmen im Agendaprozess zurückzuführen ist. Wenig Erwähnung finden soziale Innovationen, neue Organisationsformen und soziale Praktiken. Dabei scheinen Titel und Ziel der Strategie in sich widersprüchlich, denn gesellschaftliche Veränderungen und kultureller und materieller Wohlstand benötigen nicht nur Hightech-Innovationen, sondern sind entschieden von der Entwicklung und Umsetzung von sozialen und kulturellen Innovationen abhängig (Ober 2014a, 2014b).

Das Motto der HTS gibt Hinweise auf das zugrunde liegende Leitbild: Wachstum als Ziel von Forschungs- und Innovationspolitik wird hier nicht in Frage gestellt. Entsprechend wird Nachhaltigkeit in der HTS „rein ökonomisch definiert“ (Ober 2014b:83). Das zugrunde liegende Innovationsverständnis in dieser „Hightech-Obsession“ (Hirsch-Kreinsen 2010) der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik übersieht dabei tendenziell, dass Innovationsprozesse komplex und letztlich selten das Produkt von hohen Aufwendungen in Forschung und Hightech-Entwicklung allein sind, sondern auch kollektive soziale Lernprozesse für die Entstehung von Innovationen von enormer Bedeutung sind. Deutlich wird dies in der Art, wie ein genuines Thema der Care Ökonomie und Geschlechtergerechtigkeit, nämlich die Organisation und Vorbereitung auf das Leben im Alter in der HTS über bauliche Maßnah-

men und technische Assistenzsysteme in die Technikforschung und -entwicklung ausgelagert wird. Eine nachhaltige Entwicklung dagegen betont die Pflege, das Kümmern und die Integration älterer Menschen als einen Teil der sozialen Beziehungen, im Sinne einer alltäglichen menschlichen Fürsorgepraxis, anzuerkennen und zu fördern, sowie dafür die legitimen gesellschaftlichen Möglichkeitsräume zu schaffen (dazu auch Gottschlich 2012). Die inhärenten sozialen Aspekte der Sorgearbeit und die damit verbundenen Geschlechterdimensionen sind in der HTS keine Forschungsthemen. Diese technokratische Ausrichtung der HTS spiegelt sich ebenfalls in dem Ablauf der Agendaprozesse wider. Wie Ober (2014b) herausgearbeitet hat, unterliegt das Agenda Setting der deutschen Forschungspolitik in der Regel ausgewählten und demokratisch nicht legitimierten, zudem zu einem großen Teil privatwirtschaftlichen und profitorientierten Akteuren. So oblag von 2006–2013 der Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft die Umsetzung und Weiterentwicklung der HTS.²⁴ Die Mitglieder dieses Expert_innen-Gremiums werden durch das BMBF berufen und repräsentieren vor allem Großunternehmen der Privatwirtschaft und große Forschungseinrichtungen. Dabei „unterrepräsentiert sind kleine und mittelständische Unternehmen sowie Frauen; als einzige gesellschaftliche Organisation ist der Deutsche Gewerkschaftsbund vertreten.“ (Ober 2014a: 12). Entsprechend schwer haben es in diesen Strukturen die verschiedenen Perspektiven abseits der Mainstream-Forschung, zu denen auch die kritischen, gemeinwohl- und nachhaltigkeitsorientierten Ansätze der Transformationsforschung und feministische Positionen gehören. In den Zukunftsprojekten der Hightech-Strategie kommt das Thema Geschlechtergerechtigkeit kaum vor.

Das deutsche BMBF - Forschungsprogramm für Nachhaltige Entwicklung (FONA) ist ein Programm, in dem das integrative Zusammendenken sozialer, ökologischer und ökonomischer Aspekte zum Leitbild gemacht wurde. Insgesamt stehen für FONA von 2010–2015 über 2 Milliarden Euro zur Verfügung zur Förderung von Forschung zu den Themen Globale Verantwortung, Internationale Vernetzung, Erdsystem und Geotechnologien, Klima und Energie, Nachhaltiges Wirtschaften und Ressourcen sowie Gesellschaftliche Entwicklungen.²⁵ Zwar spielen gesellschaftliche Dimensionen wie Nord-Süd-Kooperationen, globale Gerechtigkeit und soziale Innovationen hier eine bedeutend größere Rolle als in vielen anderen Forschungsprogrammen. Trotzdem wird auch mit Blick auf das FONA-Programm deutlich, dass Nachhaltigkeit vor allem eine „verbesserte Energieeffizienz und höhere Rohstoffproduktivität“ bedeu-

24 <http://www.forschungsunion.de/> (letzter Zugriff 01.09.2014)

25 <http://www.fona.de/de/10011> (letzter Zugriff 01.09.2014)



tet und z.B. die Ziele Klimaschutz und Anpassung in diesem Sinne Produkte darstellen, für die es gilt die Technologie- und Marktführerschaft zu wahren.²⁶ Wir gehen im Folgenden kurz und exemplarisch auf zwei Agendaprozesse in diesem Förderschwerpunkt ein, die sich zum Ziel gesetzt haben, explizit Forschung für mehr Nachhaltigkeit und für eine Green Economy voranzutreiben und fragen, wie Gender und Care hier thematisiert und berücksichtigt werden.

Zum Einen ist das der 1999 gestartete Agendaprozess Sozial-Ökologische Forschung, der „den Übergang von der Umweltforschung zur Nachhaltigkeitsforschung“²⁷ markiert und in dem Forschungsvorhaben Platz finden, die naturwissenschaftlich-technische und soziale Innovationen zusammenbringen. Gegenüber der Hightech-Strategie 2010-2013 mit einem Budget von 27 Milliarden Euro ist der Förderschwerpunkt Sozial-Ökologische Forschung (SÖF) des BMBF-FONA Programms²⁸, in dem die sozialen Verhältnisse, Gesellschaft-Natur-Beziehungen und gesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen thematisiert werden, mit 10 Millionen Euro pro Jahr finanziell relativ schlecht ausgestattet (Ober 2014b: 26). Der SÖF-Schwerpunkt zielt explizit auf inter- und transdisziplinäre Forschung, eine Ausrichtung, die für das Zusammendenken von Gender, Care und Green Economy grundlegende Voraussetzung ist. Das Thema Geschlechterverhältnisse hat es jedoch selbst im Förderschwerpunkt der SÖF schwer. Anfangs positiv aufgenommen und diskutiert als eine der zentralen Problemdimensionen, kam es in der 10-jährigen Laufzeit zu einer Erosion der Geschlechterperspektive, die schließlich im Agenda-Prozess der Weiterentwicklung der sozial-ökologischen Forschung fast unter den Tisch gefallen wäre (Gottschlich und Katz 2013: 138; Schultz und Wendorf 2006).

Der Agendaprozess Green Economy ist eine der jüngsten Aktivitäten des BMBF im FONA Programm. Hier geht es im Wesentlichen um die Umsetzung einer Green Economy als „eine international wettbewerbsfähige, umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaft.“²⁹ Das Leitbild der Green Economy wird im Sinne eines grünen, energieeffizienten, CO₂-armen und wachstumsorientierten Wirtschaftsmodells formuliert. Das Streben nach wirtschaftlichem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit bleibt dabei unhinterfragt im Zentrum der Betrachtungen. Soweit das bisher zu beurteilen ist, finden Gender- und Care-Themen, dort keinen Platz. Nicht nur die inhaltliche Schwerpunktsetzung des Programms weist deshalb unserer Ansicht nach einen zentralen blinden

Fleck auf. Auch hinsichtlich des Beteiligungsprozesses zu dieser FONA Green Economy Forschungsagenda werden exemplarische Leerstellen sichtbar. 2012 startete das BMBF gemeinsam mit dem BMU einen Dialog mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft über die Rahmenbedingungen und den Forschungsbedarf für die Green Economy.³⁰ Die Partizipation und Teilhabe am Agenda Setting beschränkte sich auch hier auf ausgewählte und explizit eingeladene Akteure, die Teilnahme an den Veranstaltungen ist in der Regel nur auf persönliche Einladung möglich. Insgesamt war auch dieser Prozess zudem durch eine große Beteiligung von Wirtschaftsakteuren gekennzeichnet; Geschlechtergerechtigkeit und Care-Perspektiven ebenso wie die diese Themen forcierenden Akteure werden marginalisiert und weder inhaltlich noch im Prozess als Teil dieser Agenda betrachtet.³¹

Die Schwerpunktthemen einer inter- und transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung, wie etwa Aspekte sozial-ökologischer Gerechtigkeit, die Care-Debatte und Geschlechterperspektiven, sind – das SÖF Programm ausgenommen – in allen hier untersuchten Förderprogrammen bisher keine Forschungsthemen und spiegeln besonders deutlich eine allgemein Tendenz in der etablierten deutschen Wissenschaftslandschaft wider. Wissenschaftliche Einrichtungen und vor allem vereinzelte Akteure innerhalb der Institutionen, die hier abseits dieser Pfade neue Wege der Nachhaltigkeitsforschung beschreiten wollen, haben es deshalb schwer. Damit ist der Handlungsspielraum wissenschaftlicher Einrichtungen, eine nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft und die Sicherung der sozialen und natürlichen Lebengrundlagen voranzutreiben, stets begrenzt und strukturiert durch die wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Ein Feld, in dem das besonders deutlich wird, ist die akademische Gründungsförderung, der wir uns im nächsten Kapitel widmen.

5. Technologie- und Wissenstransfer an den Markt – Wissenschaftliche Einrichtungen und Gründungsförderung für Nachhaltigkeit?

Unter dem Stichwort der „unternehmerischen Hochschule“ wird auch der Wissens- und Technologietransfer aus wissenschaftlichen Einrichtungen und

26 <http://www.fona.de/de/14048> (letzter Zugriff 01.09.2014)

27 <http://www.fona.de/de/16340> (letzter Zugriff am 29.8.2014)

28 <http://www.fona.de/> (letzter Zugriff am 29.8.2014)

29 <http://www.fona.de/de/16931> (letzter Zugriff am 29.8.2014)

30 <http://www.fona.de/green-economy> (letzter Zugriff am 29.8.2014)

31 Zu den teilnehmenden Akteuren gehörten der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., der Bundesverband deutscher Banken, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Deutsche Industrie- und Handelskammer e.V., der Deutsche Naturschutzring, der Deutsche Städtetag, das Finanz-Forum: Klimawandel, Germanwatch e.V., Stiftung 2°, die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen und der Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e.V.



Forschungsprojekten für die Verwertung in Dienstleistungen und Produkten gefasst (Knie et al. 2010). Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen demnach durch verschiedene Maßnahmen in die Umsetzung geführt werden. Wissenschaftlichen Einrichtungen wird die neue Rolle zugewiesen, Wissens- und Technologietransfer direkt und aktiv zu unterstützen und durchzuführen (Hemer et al. 2010). Dieses Ziel verfolgt auch die aktuelle Forschungsstrategie des deutschen Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Durch die Übertragung von Forschungsergebnissen in die Anwendung soll wirtschaftliches Wachstum erzielt und Deutschland im Wettbewerb „um Talente, Technologien und Marktführerschaft“ (BMBF 2010: 3) weit vorn platziert werden (Sitte und Schulze 2011).

Vor diesem Hintergrund gehört die wachsende Bedeutung der kommerziellen Verwertung von Wissen und Forschungsergebnissen zu den wesentlichen neuen Entwicklungen im deutschen Hochschulsystem im Kontext der „unternehmerischen Hochschule“ (Hemer et al. 2010). Dabei sollen verschiedene Maßnahmen und Instrumente dazu dienen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Technologien in die Anwendung zu übertragen. Neben Kooperationsverträgen und Personaltransfers zwischen akademischen Einrichtungen und Industrieunternehmen gehören dazu auch akademische Ausgründungen, so genannte „Spin-offs“ (Knie et al. 2010). „Unter Spin-offs werden neu gegründete wissens- oder technologiebasierte Firmen zusammengefasst, deren Gründungsgeschichte unmittelbar mit einer Hochschule oder Forschungseinrichtung verbunden ist“ (Knie et al. 2010: 491).

In Deutschland wurden seit den 1990er Jahren Förderprogramme für akademische Ausgründungen aufgelegt, so beispielsweise das 1998 gegründete Programm EXIST des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zu „Existenzgründungen aus der Wissenschaft“³². Spin-offs werden dabei häufig als ein besonders geeignetes Instrument für die Verwertung von Forschungsergebnissen gesehen. Denn wirtschaftswissenschaftliche Studien haben ergeben, dass Spin-offs gegenüber anderen Unternehmensgründungen über mehr Patente verfügen, eine größere Zahl von Arbeitsplätzen generieren und eine höhere Überlebensrate aufweisen (Knie et al. 2010).

Für wissenschaftliche Einrichtungen besteht im Bereich der Ausgründungen die Möglichkeit, ihr Innovationspotenzial umzusetzen und gesellschaftlich nutzbar zu machen. Im Bereich der Green Economy wurden in Deutschland außerdem in den letzten Jahren von verschiedenen Akteuren vereinzelt Gründungsiniti-

.....

32 <http://www.exist.de/> Zugriff am 17.03.2014

ven aufgelegt, die sich speziell auf „grüne Gründungen“ konzentrieren (Borderstep o.J.). Inwiefern sich diese themenspezifische Förderung auch im Bereich der Gründungsförderung aus der Wissenschaft finden lässt und welche inhaltlichen Schwerpunkte hier gesetzt werden, die für nachhaltiges Wirtschaften relevant sind, wird in diesem Kapitel erörtert.

Im Folgenden beleuchten wir einige Aspekte der öffentlichen Gründungsförderung in Deutschland. Existieren hier spezielle „grüne“ oder sozial-ökologisch orientierte Förderprogramme? Welches Verständnis von Innovationen und welche Leitbilder lassen sich hier identifizieren? Werden von Gründungsförderung und Ausgründungen Fragen der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigt und Geschlechtergerechtigkeit und Care als zentrale Bestandteile unseres Wirtschaftssystems verstanden? Wir betrachten dazu vor allem die akademische Gründungsförderung für so genannte *Spin-offs*.

Förderung akademischer Gründungen im Hinblick auf Green Economy, Gender und Care

Spin-offs bieten wissenschaftlichen Einrichtungen die Möglichkeit, ihr Innovationspotenzial direkt umzusetzen. Hinzu kommt die zunehmende Bedeutung der Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen zu festgelegten Zwecken. In Kapitel 4 wurde gezeigt, dass aktuelle forschungs- und innovationspolitische Strategien dies immer stärker in den Mittelpunkt stellen. So spielt in der *HTS 2020* der Bundesregierung (BMBF 2010) der Technologietransfer eine zentrale Rolle für die Legitimation von Ausgaben in Wissenschaft und Forschung (vgl. auch Knie et al. 2010):

„Die Generierung neuen Wissens steht am Anfang aller Innovationen. Diese können nur gelingen, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse schnell und effizient wirtschaftlich verwertet werden. Daher wird die Bundesregierung Wissenschaft und Wirtschaft noch enger miteinander verzahnen. Sie wird den Austausch zwischen Hochschulen, außeruniversitärer Forschung und Unternehmen weiter fördern und den Wissens- und Technologietransfer verstärken. Forschungsergebnisse können so schneller in Innovationen am Markt und in die Gesellschaft überführt und für Endanwenderinnen und Endanwender nutzbar gemacht werden.“ (BMBF 2010: 10)

Die genauere Betrachtung zeigt, dass insbesondere Technologietransfer dabei realisiert und sichtbar gemacht werden soll, unter anderem über Statistiken zu Patent- und Lizenzvereinbarungen, Kooperationsverträge und Personaltransfers zwischen akademischen Einrichtungen und Industrieunternehmen und über akademische Ausgründungen. Ein weiterer Grund für die wachsende Bedeutung, die Ausgründungen bei-



gemessen wird, liegt für einige Beobachter_innen in einem klassischen Steuerungsdilemma der Wissenschafts- und Forschungspolitik (Knie et al. 2010). Traditionell werden im Rahmen von Wissenschafts- und Forschungsförderung durch staatliche Gelder Programme und Aktivitäten finanziert, auf deren Qualitätssystem der Staat als Geldgeber nur sehr bedingt Einfluss hat. In der Wissenschaft sind es traditionell eher die Kolleg_innen (*Peers*), die über die Qualität von Forschungsarbeiten entscheiden.³³ Die staatlichen Geldgeber suchen deshalb nach quantifizierbaren Ergebnissen der öffentlichen Forschung. Unternehmerische Ausgründungen, und mit ihnen bestimmte Dienstleistungen, Produkte oder Arbeitsplätze, können deshalb ein hilfreiches Instrument sein, um aus dem genannten Steuerungsdilemma herauszukommen. Dörre und Neis bezeichnen Spin-offs vor diesem Hintergrund „als einen besonders markanten Fall, anhand dessen sich das Zusammenspiel von universitären Strukturen, Innovationsgeschehen und dessen [...] Wirksamkeit ablesen lässt“ (Dörre und Neis 2010: 15).

Vor diesem Hintergrund hat die Bedeutung der Gründungsförderung als strategisches forschungs- und innovationspolitisches Instrument in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Hightech-Strategie 2020 führt aus: „Deutschland muss wieder zum Gründerland werden und braucht eine Steigerung der Gründungsdynamik, insbesondere im Bereich der Spitzentechnologien. Deshalb wird angestrebt, Unternehmergeist und Gründungskultur an Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu stärken und Ausgründungen im Umfeld von Forschung und Wissenschaft durch bessere Beratung und Förderung zu unterstützen. Ferner sind die Rahmenbedingungen für junge Technologieunternehmen und ihre Kapitalgeber zu verbessern. Gründungsausbildung soll als integrativer Bestandteil in das Lehrangebot von Schulen, Berufsschulen und Hochschulen aufgenommen werden.“ (BMBF 2010: 10).

Interessant ist, dass trotz der steigenden Bedeutung, die akademischen Ausgründungen von politischer Ebene zugemessen wird, ihre Anzahl, zumindest in Deutschland, nicht sehr stark gestiegen zu sein scheint (Hemer et al. 2010; Knie et al. 2010). Um die Gründungsaktivitäten an deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen zu fördern, existieren verschiedene³⁴ Förderprogramme und -instrumente. Während die deutsche Förderlandschaft für technologieorientierte Spin-Offs bereits gut entwickelt

33 Das System des „Peer Review“ ist allerdings nicht unumstritten. Denn nicht alle Kolleg_innen in Wissenschaft und Forschung werden als *Peers*, deren Beurteilung gehört wird, angesehen und es bestehen durchaus Zugangsschranken zu dieser Gruppe.

34 Eine aktuelle Umfrage in 2014 in Berlin-Brandenburg signalisiert jedoch möglicherweise einen Aufwärtstrend: http://www.entrepreneurship.tu-berlin.de/fileadmin/f22_entrepreneurship/Inspiration/Umfrage/141022_Gruendungsumfrage_2014_langeVersion.pdf

ist, fehlen Förderprogramme für innovative Dienstleistungen im nicht-technologischen Bereich. Im Folgenden betrachten wir mit EXIST ein bundesweites Programm für die Förderung akademischer Gründungen.

Für das bundesweite Programm EXIST ist heute das BMWi zuständig. Die Ziele von EXIST wurden entwickelt im Kontext der bereits besprochenen Reform der Hochschulen und ihres zunehmenden wettbewerbsorientierten Selbstverständnisses. Zentral war auch die 1999 erfolgte Formulierung des Technologietransfers als dritte Aufgabe (neben Forschung und Lehre) der Hochschulen (§ 2 Abs. 7 Hochschulrahmengesetz, vgl. Kulicke et al. 2012 und Dörre und Neis 2012). EXIST startete 1997, wurde zu der Zeit noch vom BMBF durchgeführt und trug, bis das BMWi 2006 die Durchführungsverantwortung erhielt, den Titel „Existenzgründungen aus Hochschulen“ (heute: Existenzgründungen aus der Wissenschaft“). In drei Programmlinien verfolgt EXIST drei Ziele³⁵:

- Unterstützung von Hochschulen bei der Strategieentwicklung und –umsetzung zur Förderung von Gründungskultur und Unternehmergeist (EXIST-Gründungskultur)
- Unterstützung bei der Vorbereitung von innovativen, technologieorientierten und wissensbasierten Gründungsvorhaben von Studierenden, Absolvent_innen und Wissenschaftler_innen (EXIST-Gründerstipendium)
- Förderung von Entwicklungsarbeiten für Machbarkeitsstudien und Vorbereitungsarbeiten für Unternehmensstarts (EXIST-Forschungstransfer)

EXIST hat einen technologieoffenen Breitenansatz und fördert sowohl Technologien als auch Dienstleistungen jeglicher Art mit hohem Innovationsgehalt. Insgesamt wurden über EXIST von 2007-2012 875 Vorhaben gegründet jeweils mit einer Laufzeit von einem Jahr und einem durchschnittlichen Fördervolumen von rund 80.000 Euro. Der größte Anteil der Projekte, etwa 70%-80%, sind dem IT-Bereich zuzuordnen. Allerdings beinhaltet dieser Bereich auch Projekte, deren Innovationsfaktor durchaus im nicht-technologischen Bereich liegt und etwa Dienstleistungen betreffen kann (Egge 2014: 29).³⁶

Der Frauenanteil unter den geförderten Ausgründungen ist mit 13,5 Prozent und im Jahr 2013 mit sogar nur 10 Prozent sehr niedrig. Reine Männergründungen machen knapp drei Viertel der geförderten Teams aus, der Anteil reiner Frauenteamen beträgt lediglich drei Prozent (Kulicke 2013b, zitiert nach Egge 2014: 34). Trotzdem stellen Fragen der Geschlechtergerechtig-

35 <http://www.exist.de/exist/index.php> (letzter Zugriff am 02.05.2014)

36 Vgl. die geförderte Jobsharing-Plattform Projekt TANDEMPLOY, <https://www.tandemploy.com/#/home>



keit kaum ein Thema dar: Genderbalance im Team ist kein Förderkriterium, es gibt keine gleichstellungspolitischen Maßnahmen und keine Frauenförderquote. Im Fokus stehen ausschließlich die Gründungsidee und der ökonomische Innovationsfaktor. Entsprechend spielen Genderspekte auch in der Gründungsberatung durch die wissenschaftlichen Einrichtungen keine Rolle. In Interviews mit Einrichtungen der Gründungsförderung wurde häufig die Position vertreten, dass Chancengleichheit bereits in den Einrichtungen herrsche. Frauenförderung wurde daher stellenweise sogar als Diskriminierung verstanden und Care-Aspekte als Privatsache betrachtet (Egge 2014: 35). Geschlechtergerechtigkeit oder Chancengleichheit kommt dabei höchstens vereinzelt und als informelles Kriterium vor und dann aber eher als Innovations- und Effizienzkriterium und weniger als Gerechtigkeitsdimension (Egge 2014: 35). Für Personen in elterlicher Fürsorgeverantwortung gibt es allerdings in vielen Programmen einen Kinderzuschlag von 100 Euro/Monat.

Bei Gesprächen mit Vertreter_innen von Einrichtungen der Gründungsförderung fällt die Ablehnung von Maßnahmen auf, die zu einer vermeintlichen (positiven) Diskriminierung führen, etwa durch eine finanzielle Mono-Allokation oder die gezielte Ansprache von Frauen. Dadurch allerdings erfolgt gleichzeitig eine indirekte Diskriminierung, indem z.B. zeitliche Fristen oder andere vermeintlich neutrale Kriterien geschlechterspezifische Effekte entwickeln. Bei EXIST gibt es zwei Regeln, die geschlechterspezifische Effekte zumindest nahe legen: Zum einen die ausschließliche Förderung von Vollerwerbsunternehmungen im Rahmen des Programms. Frauen gründen aktuell in Deutschland jedoch insbesondere Nebenerwerbsunternehmungen und würden so formal schon gar nicht von dem Programm angesprochen. Die Bedingung einer Vollerwerbsgründung könnte Menschen in Sorgeverantwortung (z.B. Eltern, in der Regel Frauen) in bestimmten Lebenssituationen abschrecken und von einer Bewerbung abhalten. Desweiteren benachteiligt die 5-Jahres-Frist Menschen in Sorgeverantwortung, die wegen Kindererziehung (oder Pflegezeiten) länger pausiert haben.

Für diese strukturellen Hindernisse ist relativ wenig Sensibilität in den Programmen vorhanden. EXIST scheint wie viele andere Programme auch, die Förderung auf technologische Innovationen zu konzentrieren (Egge 2014). Das zugrunde liegende Leitbild des Programms ist es, eine Gründungs- und Unternehmenskultur an den wissenschaftlichen Einrichtungen zu etablieren, die verwertbare und zur Marktreife zu entwickelnde Innovationen und langfristig tragbare Geschäftsmodelle vereint. Die sozialen und ökologischen Voraussetzungen, Bedingungen und Implikationen dieser Innovationen bleiben hier bisher gänzlich unbeachtet. Im Zentrum steht

die Förderung einer technologiebasierten und warenförmigen Marktökonomie, in der versorgungsökonomische Tätigkeiten, das Gemeinwohl oder eine nachhaltige Entwicklung keine Rolle spielen.

Akademische Gründungsberatung

Viele wissenschaftliche Einrichtungen verfügen über eine eigene Stelle (eine beauftragte Person oder ein Zentrum), die Gründungsberatung für Absolvent_innen und Wissenschaftler_innen anbietet, die ihre Forschungsergebnisse und Ideen weiter verwerten wollen. So ist es bspw. ein erklärtes Ziel des Gründungsservices Profund an der Freien Universität Berlin, „in allen Fachbereichen eine Kultur unternehmerischen Denkens und Handelns zu verankern und zu einem festen Bestandteil des universitären Lebens“ zu machen.³⁷ Dafür werden den jungen Wissenschaftler_innen bis zu fünf Jahre nach Verlassen der Freien Universität Berlin für ihre Unternehmensgründung Seminare und Wettbewerbe zur Gründungsqualifizierung angeboten sowie Unterstützung beim Netzwerken und in Rechtsfragen angeboten oder kostenfreie Büroarbeitsplätze für Gründer_innen zur Verfügung gestellt. Analog zu der Gründungsförderung der Bundesprogramme steht so auch bei den akademischen Gründungsberatungsstellen die Ausgründungsidee selbst im Mittelpunkt der Beratungen und der Förderentscheidung. Auch wenn keine inhaltliche Schwerpunktbildung erfolgt, sind zurzeit ein Großteil der geförderten Innovationen technologie- oder IT-basiert.

Im Vordergrund steht also stets die technologische oder ökonomische Innovationsfähigkeit, während gesellschaftliche Faktoren, wie ökologische oder soziale Nachhaltigkeit, Aspekte der Gleichstellung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie keine Rolle spielen in der Beratung oder als Förderkriterium (Egge 2014: 33). Und dies obwohl weibliche Gründerinnen in allen untersuchten Einrichtungen – mehr oder weniger stark – unterrepräsentiert sind. Die Vereinbarkeit von Gründungsunternehmungen und familiärer Sorgearbeit gilt als Privatsache und die Verteilung der Arbeit sowie Ausfälle aufgrund von Sorgeverpflichtungen werden tendenziell innerhalb der Gründungsteam ausgehandelt, aber nicht als eine strukturelle (und gesellschaftliche) Herausforderung bei der Gründungsplanung aufgefasst. Wenn überhaupt wird Gleichstellung eher mit speziellen Maßnahmen der Frauenförderung assoziiert und weniger als Querschnittsthema betrachtet. Tendenzuell ist die Ansicht verbreitet, dass Gleichberechtigung durch Gleichbehandlung bereits realisiert sei wenn beide Geschlechter die gleichen formalen Zugangschancen zu den Programmen hätten und gleich behandelt würden. Explizite Maßnahmen zur Förde-

.....
³⁷ <http://www.fu-berlin.de/sites/profund/> (letzter Zugriff 05.09.2014)



rung von Gründerinnen werden deshalb teilweise sogar als diskriminierend betrachtet. Dementsprechend werden auch keine internen Genderkompetenzen gefördert oder externe Sachverständige hinzugezogen. Derzeit finden Bemühungen um mehr Geschlechtergerechtigkeit, Anerkennung für gesellschaftliche Sorgearbeiten oder ökologische Nachhaltigkeit in der akademischen Gründungsförderung also kaum Beachtung (Egge 2014: 44f). In der Zielvorgabe, innovative und wirtschaftlich erfolgreiche Gründungen zu fördern, bleiben diese Dimensionen gänzlich unberücksichtigt.

6. Innovative Hochschule, Transformative Wissenschaft? Wissenschaftliche Einrichtungen als potentielle Impulsgeberinnen für nachhaltiges Wirtschaften

In diesem Papier haben wir uns mit der Frage beschäftigt, inwieweit der Wissenschaft, ihren Institutionen und Akteuren, eine zentrale Rolle dabei zukommt, eine Green Economy im Sinne einer integrativen, geschlechtergerechten, vorsorgenden und nachhaltigen Entwicklung voranzutreiben.

Unsere Ausführungen haben aufgezeigt, dass eine nachhaltige Entwicklung hin zu einer gesamtgesellschaftlichen sozial-ökologischen Transformation auch eine Nachhaltigkeitswende in der Wissensproduktion braucht. Das bedeutet zum einen Nachhaltigkeitsthemen fest in der universitären Lehre zu verankern, sie damit zu einem integralen Bestandteil des Bildungssystems zu machen sowie Nachhaltigkeit in die Leitlinien wissenschaftlicher Einrichtungen – u.a. im Bereich der Forschung – einzuschreiben.³⁸ Zum anderen bedarf es entsprechender Bedingungen, unter denen sich eine kritische, transformative und selbstreflexive Wissenschaftspraxis erst entfalten kann. Hier gibt es bereits verschiedene Akteure und Allianzen, die einen entsprechenden Perspektivwechsel in der Wissensproduktion, im Alltag und der gelebten Kultur wissenschaftlicher Einrichtungen anstreben und vorantreiben (Kapitel 2 und 3).

Mit dem in dieser Studie gewählten Fokus auf wissenschaftliche Einrichtungen wollen wir diese mitnichten als einzig zentrale Akteure für die Umsetzung von Gender, Care und nachhaltigem Wirtschaften bzw. in einer Green Economy herausstellen. Wissenschaftliche Analysen führen nicht immer und vor allem nicht zwangsläufig zu

³⁸ Mit dieser Empfehlung stehen wir nicht allein. So formuliert die Initiative Sustain it! an der Freien Universität Berlin eine ähnliche Forderung: „Wir sind der Überzeugung, dass sich die Freie Universität Berlin in Lehre, Forschung und Verwaltung am Leitbild der Bildung für nachhaltige Entwicklung orientieren sollte, wie es in der gemeinsamen Erklärung der Hochschulrektorenkonferenz und der Deutschen UNESCO-Kommission von November 2009 bzw. Januar 2010 dargelegt ist.“ <http://www.fu-berlin.de/sites/sustain/ueberuns/konzept/index.html> (letzter Zugriff: 23.09.2014)

einer besseren nachhaltigen Politik mit konkreten Problemlösungen. Wissen und Wissenschaft müssen selbst stets als situiert betrachtet werden. Die Wissenschaft ist keineswegs per se Treiber von innovativem Wandel und Transformationen hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft – insbesondere dann nicht, wenn bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die z.B. vorrangig privatwirtschaftliche Verwertungs- und Profitinteressen verfolgen, Forschungsagenden entscheidend beeinflussen.

Dennoch oder gerade deshalb sehen wir die Rolle und Aufgabe der Wissenschaft und ihrer Institutionen darin, Möglichkeitsräume zu eröffnen und weiterführende auch visionäre Konzepte zu erarbeiten und über Grenzen hinaus zu denken. In diesem Sinne haben wir in diesem Papier die Möglichkeiten, Spielräume aber auch Grenzen wissenschaftlicher Einrichtungen beleuchtet und auf die hier wirksamen strukturellen Zwänge und Dynamiken aber auch auf vorhandene Handlungsspielräume hingewiesen.

Handlungsfeld Steuerungskapazitäten der wissenschaftlichen Einrichtungen

Die aktuellen Transformationsprozesse an den wissenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik unter dem Schlagwort der „unternehmerischen Hochschule“ sind hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen insbesondere junger Wissenschaftler_innen und v.a. solcher mit Pflegeverantwortung sehr ambivalent zu bewerten. Durch die Umstrukturierung der Hochschulen zu unternehmerischen Einrichtungen lauten heute die prägenden Begriffe und Konzepte in Universitäten sowie in außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor allem Wettbewerb, Profilbildung, Qualitätsmanagement, Rankings, Evaluationen oder Patentverwertungen. „Nicht vorgesehen ist in diesem Spektrum ein Ort für reflektierte und distanzierte Wahrheitssuche, für Wissenschaft, die nicht auf den Markt schielen muss. (...) Die Leitbegriffe und Deutungsmuster der neuen Universität sind betriebswirtschaftlich.“ (Knobloch 2012: 8). Dieses Leitbild prägt auch die Praxis wissenschaftlicher Einrichtungen als Arbeitgeberinnen durch entsprechende leistungs-, effizienz- und exzellenzorientierte Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Hinsichtlich der Effekte auf Geschlechtergerechtigkeit lassen sich hier ambivalente Tendenzen beobachten. Wenn wissenschaftliche Einrichtungen und insbesondere Universitäten zu „neoliberalen Vorzeigeunternehmen“ werden (Knobloch 2012: 247), können Gender Mainstreaming und entsprechende Anreizstrukturen durchaus Treiber sein für Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhöhen. Ob dadurch jedoch auch strukturelle Geschlechterungleichheiten abgebaut werden, bleibt zu prüfen (Kapitel 3).

Wissenschaftliche Einrichtungen (und Akteure der Forschungs- und Innovationspolitik) sollten sich ihrer ge-



sellschaftlichen Verantwortung bewusst werden und ihre Spielräume u.a. auch durch neue Steuerungsmechanismen nutzen. Die Themenbereiche Gender, Care und nachhaltiges Wirtschaften werden an den wissenschaftlichen Einrichtungen in den allermeisten Fällen in parallel agierenden Abteilungen bearbeitet: beispielsweise existieren in vielen Einrichtungen Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte, ein Familienbüro und Beauftragte für Nachhaltigkeit. Für ein konsistentes umfassendes Konzept von Nachhaltigkeit für eine wissenschaftliche Einrichtung sind dies sicherlich nicht die optimalen Bedingungen. Durch ein Zusammendenken der Bereiche und ein Bearbeiten der Schnittstellen könnte eine tiefergehende Problemanalyse und angepasste Maßnahmenentwicklung erfolgen sowie viele neue Synergien und Allianzen entwickelt werden. An dieser Stelle muss jedoch auch auf mögliche Gefahren der Steuerung (z.B. Einschränkung von Freiheiten) und auf Grenzen (mentale Infrastrukturen, Werte/Normen, politischer Wille) hingewiesen werden und diese sensibel bearbeitet werden.

Handlungsfeld Forschungs- und Innovationspolitik

Eine nähere Betrachtung der Forschungs- und Innovationspolitik zeigt, dass die Entwicklungen an den wissenschaftlichen Einrichtungen durch wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen der Forschungsförderung forciert werden. So sind die europäische und auch die bundesdeutsche Forschungspolitik und die akademische Gründungsförderung ausgerichtet auf die Kommerzialisierung und Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse. Hier werden durch die großen Förderprogramme zwar auch Dienstleistungen gefördert, dennoch liegt der Fokus insgesamt auf sozio-technischen Innovationen und der deutlich kapitalintensiveren und risikoreicheren Technologieentwicklung. Für eine nachhaltige Entwicklung, die eine vorsorgende und geschlechtergerechte Ökonomie mit einschließt, in der die Sicherung der natürlichen und sozialen Grundlagen des Lebens im Zentrum steht, ist jedoch auch die Förderung sozialer und sozial-ökologischer Innovationen von zentraler Bedeutung.

Handlungsfeld Akademische Gründungsförderung

Ein weiteres Handlungsfeld für wissenschaftliche Einrichtungen stellt die akademische Gründungsförderung dar. Einhergehend mit dem Konzept der „unternehmerischen Hochschule“ haben die wissenschaftlichen Einrichtungen ihre Aktivitäten in Bezug auf die Privatwirtschaft neu ausgerichtet. Die wachsende Bedeutung kommerzieller Verwertung von wissenschaftlichen Ergebnissen nähert die Wissenschaft der Wirtschaft an, ein direkter Kontakt zur Wirtschaft ist heute zunehmend explizit erwünscht. Dies birgt sicherlich auch Gefahren, öffnet jedoch auch neue Handlungsspielräume, die positiv ausgestaltet werden können.

Die von uns exemplarisch betrachteten Gründungsförderungsstrukturen könnten ein relativ einfacher und effektiver Hebel sein, Kriterien der Nachhaltigkeit in der Gründungs- und Forschungsförderung zu etablieren. Solche standardisierten Kriterien müssten dann einhergehen mit Maßnahmen der Sensibilisierung, mit Schulungen und der Ausarbeitung von Konzepten und weiteren Maßnahmen. Gegenwärtig sind die Strukturen der bundesdeutschen Gründungsförderung jedoch auf diesem Auge (Schnittstelle Gender, Care und nachhaltiges Wirtschaften) noch blind. Sicherlich gibt es daneben andere Förderprogramme des Bundes, die spezifische Frauenförderung betreiben oder eine Geschlechterperspektive integrieren.³⁹ Unserer Ansicht nach bedarf aber auch gerade die akademische Gründungsförderung einer solchen programmatischen Neuausrichtung. Nachhaltigkeit in einer ganzheitlichen Perspektive muss Eingang finden in die großen Programme der Forschungs- und Innovationspolitik, aber auch in die Beratungs- und Förderpraxis der ausführenden Büros auf den verschiedenen Ebenen, wie etwa der Gründungsberatung an den wissenschaftlichen Einrichtungen. Diese haben sich ja nicht selten schon zu gleichstellungspolitischen oder nachhaltigkeitsrelevanten Prinzipien bekannt oder sogar verpflichtet. Eine gelebte Kultur der Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit, Care-Orientierung und Nachhaltigkeit an wissenschaftlichen Einrichtungen könnte potenziell als Modell für die Gesellschaft dienen. Durch die Initiierung entsprechender Pilotmaßnahmen und Modellkonzepte können wissenschaftliche Einrichtungen Vorbildfunktionen übernehmen.

Deshalb schließt dieses Papier auch trotz aller Kritik mit einem optimistischen Fazit über die Rolle von wissenschaftlichen Einrichtungen in der Entwicklung und Umsetzung einer Green Economy, in der Genderaspekte berücksichtigt werden und Care als gesellschaftlich anerkannte Arbeit in den Mittelpunkt gestellt werden. Allerdings ist der Weg dahin noch weit, weshalb wir es für produktiv halten, weiterführende Strategien und Empfehlungen an die Akteure der Wissensproduktion, die wissenschaftlichen Einrichtungen, die Forschungs- und Innovationspolitik und die Gründungsförderung, zu formulieren. Das Ziel dieser Strategien und Empfehlungen ist es, eine innovative Wissenschaftspolitik und zukunftsfähige wissenschaftliche Einrichtungen zu skizzieren und deren Rolle in der Umsetzung notwendiger gesellschaftlicher Transformationsprozesse aufzuzeigen und zu stärken. Die von uns entwickelten Strategien und Empfehlungen sind in einem separaten Dokument des CaGE-Projektes CaGE Texte 3 veröffentlicht (Hackfort et al. 2014).

.....
³⁹ Hier ist z.B. das BMBF-Programm „Power für Gründerinnen“ zu nennen, durch das wissens- und technologiebasierte Unternehmungen durch Frauen gefördert wurden; http://www.existenzgruenderinnen.de/DE/Vernetzung/PowerfuerGruenderinnen/powerfuegruenderinnen_node.html



7. Literatur

- Aulenbacher, Brigitte; Binner, Kristina; Riegraf, Birgit; Weber, Lena (2012): Wissenschaft in der Entrepreneurial University feminisiert und abgewertet. WSI Mitteilungen Zeitschrift des Wirtschafts- und - Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung 65, online: http://www.boeckler.de/wsi-mit_2012_06_aulenbacher.pdf [letzter Zugriff 4.9.2014]
- Bauhardt, Christine (2013): Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstums-gesellschaft – Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. In: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 5/2, S. 9–26.
- Becker, Egon; Jahn, Thomas 2006: Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Bergmann, Matthias (2013): Strukturelle und programmatische Hindernisse für eine Partizipation der Umweltverbände in der staatlichen Forschungspolitik. Ein Gutachten für das Vorhaben Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende im Auftrag der VDW e.V.
- Biesecker, Adelheid; Mathes, Maite; Schön, Susanne; Scurrell, Babette (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld: Kleine Verlag.
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. München: Oekom-Verlag (Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung, 2).
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2010): Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. In: Christine Bauhardt und Gülay Çağlar (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 51–79.
- Binner, Kristina; Kubicek, Bettina; Rozwandowicz, Anja; Weber, Lena (2013a) (Hg.): Die Unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Binner, Kristina; Kubicek, Bettina; Rozwandowicz, Anja; Weber, Lena (2013b): Einleitung. In: Dies. (Hg.): Die Unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 9-19.
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Ideen. Innovation. Wachstum Hightech-Strategie 2020 für Deutschland, Berlin, online: http://www.bmbf.de/pub/hts_2020.pdf, [letzter Zugriff 5.10.2014]
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014): Die neue Hightech-Strategie Innovationen für Deutschland, Berlin, online: http://www.bmbf.de/pub/hts/HTS_Broschure_Web.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung; BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2012): Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder? Berlin, online: http://www.fona.de/ge2012/Leitbild_Green_Economy_BMBF_BMU.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (Hg.) (2012): Memorandum für eine Green Economy. Eine gemeinsame Initiative des BDI und BMU anlässlich der United Nations Conference on Sustainable Development in Rio de Janeiro 2012. Berlin, online: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/memorandum_green_economy_bf.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Borderstep (o.J.): Erfolg und Scheitern grüner Innovationen: Start ups: Produkt-pioniere für eine Green Economy. Borderstep Institut Positionspapier.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Strategie “Gender Mainstreaming”, online: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung.did=192702.html> [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Clark, Burton R. (1998): Creating Entrepreneurial Universities: Organizational Pathways of Transformation. Issues in Higher Education. Bingley, United Kingdom: Emerald Group Publishing.
- DFG, Deutsche Forschungsgemeinschaft (2012): Förderatlas 2012: Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland, online: http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/geschaeftsstelle/publikationen/flyer_foerderatlas_2012.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- DFG, Deutsche Forschungsgemeinschaft (2008). Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards, online: http://www.dfg.de/foerderung/grundlagen_rahmenbedingungen/chancengleichheit/forschungsorientierte_standards/ [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Diekmann, Wilfried (2014): Struktur von Horizont 2020 & Orientierungshilfe, EU Büro des BMBF, Präsentation in der IHK Trier am 05.02.2014, online: http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CC4QFjAA&url=http%3A%2F%2Fhorizon2020-rlp.de%2Ffileadmin%2Fuser_upload%2F20140205_Teil_I_Struktur_Orientierung.pptx&ei=a2FnU9udGsnIyQo4IDIBQ&usq=AFQjCNHCnsWhPSzvA1WUo10Qme3HTBtgNw&bvm=bv.65788261.d.bGQ [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Deutscher Naturschutzring, DNR (2013). Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Innovationspolitik. Positionspapier Mai 2013; online: <http://www.dnr.de/aktuell/wissenschaftspolitik/> [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Dörre, Klaus; Neis, Matthias (2010): Das Dilemma der unternehmerischen Universität: Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang. Berlin: edition sigma.
- Egge, Kristina (2014): Gender- und Care-Aspekte in der Förderung technologieorientierter akademischer Spin-Offs. Impulse für



- eine geschlechtergerechte Green Economy. Bachelorarbeit an der Freien Universität Berlin, Institut für Geographische Wissenschaften, online: <http://www.geo.fu-berlin.de/geog/fachrichtungen/anthrogeog/gender/Drittmittel-CaGE/index.html> [letzter Zugriff 7.10.2014]
- Engels, Anita (2012):** Geschlechtergerechtigkeit in der Exzellenzinitiative? Frauen auf den Spitzenpositionen der Wissenschaft. In: Humboldt Chancengleich. Fokus Frau 2 / 2012, S. 12-14.
- Etzkowitz, Henry; Webster, Andrew; Gebhardt, Christiane; Terra, Branca R.C. (2000):** The future of university and the university of the future: evolution of ivory tower to entrepreneurial paradigm. In: Research Policy 29, S. 313-330.
- Europäische Kommission (2010). Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.** Brüssel.
- genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Frauenpolitischer Rat des Landes Brandenburg e.V., Verband deutscher Unternehmerinnen, und Deutscher Frauenrat (2011):** „G3 – Green Economy: Gender_Gerecht“ Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft, online: <http://www.genanet.de/diskussion.html> [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Gottschlich, Daniela (2012):** Nachhaltiges Wirtschaften: Zum Verhältnis von Care und Green Economy. Hintergrundpapier im Rahmen des Projektes „G 3 – Green Economy: Gender_Gerecht“ im Auftrag von genanet – Leitstelle für Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Berlin, online: <http://www.genanet.de/diskussion.html> [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Gottschlich, Daniela; Katz, Christine (2013):** Wie viel Kritik darf's denn sein? In: Politische Ökologie 135, S.136-139.
- Gottschlich, Daniela; Roth, Stephanie; Härtel, Annika; Röhr, Ulrike; Hackfort, Sarah; Segebart, Dörte; König, Claudia (2014):** Nachhaltiges Wirtschaften im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy, Debatten – Schnittstellen – blinde Flecken, CaGE Texte 2/2014. Berlin/Lüneburg
- Gläser, Jochen; Lange, Stefan; Laudel, Grit (2009):** Auswirkungen der evaluationsbasierten Forschungsfinanzierung an Universitäten auf die Inhalte der Forschung. Australien und Deutschland im Vergleich. In: Wissenschaftsrecht 42, S. 329-352.
- Hackfort, Sarah; Segebart, Dörte; Gottschlich, Daniela; Roth, Stephanie; Röhr, Ulrike (2014):** Nachhaltigkeit im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Strategien und Empfehlungen für eine integrative Betrachtung und Praxis. CaGE Texte 3/2014, Lüneburg/Berlin.
- Haraway, Donna (1988):** Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: Feminist Studies 14/3, S. 575-599.
- Harding, Sandra (2010):** Wissenschafts- und Technikforschung. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 312–321.
- Hemer, Joachim; Dornbusch, Friedrich; Kulicke, Marianne (2010):** Beteiligungen von Hochschulen an Ausgründungen, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2010):** Die ‚Hightech-Obsession‘ der Innovationspolitik. In: Howaldt, Jürgen; Jacobsen, Heike (Hg.): Soziale Innovation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–84.
- Holland-Cunz, Barbara (2005):** Die Regierung des Wissens. Leverkusen, Opladen: Barbara Budrich Verlag.
- Jahn, Thomas (2013):** Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung braucht eine kritische Orientierung. In: GAIA 22/1, S. 29-33.
- Jansen, Dorothea; Wald, Andreas; Franke, Karola; Schmoch, Ulrich; Schubert, Torben (2007):** Third party research funding and performance in research. On the effects of institutional conditions on research performance of teams. In: KZfSS Kölner. Zeitschrift für soziologische Sozialpsychologie 59, S. 125-149.
- Jurczyk, Karin; Schier, Michaela; Szymenderski, Peggy; Lange, Andreas; Voß, G. Günter (2009):** Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Reihe: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 100. Berlin.
- Kahlert, Heike (2013):** Leitbild Dual-Career-Family - Wissenschaftliche Nachwuchsförderung im Licht unternehmerischen Denkens. In: Binner, Kristina. et al. (2013) (Hg.): Die Unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 31–50.
- Kellermann, Paul (2009):** Geschäft versus Wissenschaft, Ausbildung versus Studium – Zur Instrumentalisierung von Hochschulbildung und Universität. In: Kellermann, Paul et al. (Hg.): Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik: Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47–63.
- Kellermann, Paul, Boni, Manfred; Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2009):** Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik: Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knie, Andreas; Simon, Dagmar; Flink, Tim (2010):** Akademische Unternehmensgründungen: Über den schwierigen Nachweis der Nützlichkeit öffentlicher Forschungsförderung. In: Leviathan Zeitschrift für Sozialwissenschaft 38, S. 489-508.
- Knobloch, Clemens (2010):** Wir sind doch nicht blöd! Die unternehmerische Hochschule. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Knorr Cetina, Karin (1981):** The Manufacture of Knowledge: An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science. Oxford: Pergamon Press.



- Kratzer, Nick; Sauer, Dieter (2007):** Entgrenzte Arbeit – gefährdete Reproduktion. Genderfragen in der Arbeitsforschung. In: Aulenbacher, Brigitte et al. (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 235–249.
- Kulicke, Marianna; Dornbusch, Friedrich; Kripp, Kerstin; Schleinkofer, Michael (2012):** Nachhaltigkeit der EXIST-Förderung: Gründungsunterstützung an Hochschulen, die zwischen 1998 und 2011 gefördert wurden; Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zu "EXIST - Existenzgründungen aus der Wissenschaft". Stuttgart: Fraunhofer-Verlag.
- Lipinsky, Anke (2012):** Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten bei EU-geförderten Forschungsvorhaben aus Deutschland. Projektbericht Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Köln; http://www.eubuoero.de/media/content/CEWS-Projektbericht_2012-04_BF.pdf; online: [letzter Zugriff 5.10.2014].
- Meuser, Michael; Neusüss, Claudia (2004):** Gender-Mainstreaming: Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Müller, Hans-Georg (2009):** Wissenschaftlich Beschäftigte als Verlierer der Hochschulreformen. Die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Mittelbaus am Beispiel Nordrhein-Westfalens. In: Kellermann, Paul et al. (Hg.): Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik: Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 205–215.
- Münch, Richard (2009):** Globale Eliten, lokale Autoritäten: Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von Pisa, McKinsey & Co. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nowotny, Helga; Scott, Peter; Gibbons, Michael (2004):** Wissenschaft neu denken. Wissen und Öffentlichkeit in einem Zeitalter der Ungewissheit. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Ober, Steffi (2014a):** Wissenschaftspolitik demokratischer gestalten. In: GAIA 23, S. 11-13.
- Ober, Steffi (2014b):** Partizipation in der Wissenschaft. München: Oekom Verlag.
- Riegraf, Birgit; Weber, Lena (2013):** Exzellenz und Geschlecht in der unternehmerischen Hochschule. In: Binner, Kristina. et al. (Hg.): Die Unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 67-85.
- Schaffer, Nicole (2010):** Gender und Innovation. Literatur, Toolkits, Förderprogramme. gender Diskurs 12, FEMTech kompetenzzentrum, Dezember 2010, online: http://www.femtech.at/fileadmin/downloads/Wissen/genderDiskurs/20110204_genderdiskurs_12_gender_innovation.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Scherb, Johannes (2012):** Lissabon - Strategie (Lissabon - Prozess). In: Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, online: https://beck-online.beck.de/default.aspx?vpath=bibdata/komm/MickelLexEU_4/cont/MickelLexEU.stichwort_608.htm [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Scherrer, Christoph; Young, Brigitte (2010):** Gender Knowledge and Knowledge Networks in International Political Economy. Baden-Baden: Nomos.
- Schneidewind, Uwe; Singer-Brodowski, Mandy (2013):** Transformative Wissenschaft : Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Schultz, Irmgard; Hummel, Diana; Empacher, Claudia; Kluge, Thomas; Lux, Alexandra; Schramm, Engelbert; Schubert, Stephanie; Stiess, Immanuel (2001):** Research on Gender, the Environment and Sustainable Development Studies on Gender Impact Assessment of the Programmes of the 5th Framework Programme for Research, Technological Development and Demonstration 2001. Frankfurt, online: http://ec.europa.eu/research/environment/pdf/iso_gender.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- Schultz, Irmgard; Wendorf, Gabriele (2006):** Gender im Förderschwerpunkt der SÖF. In: Schäfer, Martina; Schultz, Irmgard; Wendorf, Gabriele (Hg.): Gender-Perspektiven in der sozial-ökologischen Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen aus inter- und transdisziplinären Projekten. München: Oekom-Verlag, S. 39-56.
- Singer, Mona (2010):** Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie. Voraussetzungen, Positionen, Perspektiven. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 292-301.
- Sitte, Petra; Schulze, Tobias (2011):** Von der Hightech-Strategie zur sozialen Innovation. Alternativen zur angebotsorientierten Forschungs- und Innovationspolitik sind machbar. In: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Wege und Irrwege in die Wissensgesellschaft, Forschungspolitik zwischen Standorticherung und gesellschaftlicher Verantwortung. Marburg: BdWi-Verlag.
- Spangenberg, Joachim H. (2013):** Mehr als Kritik und ohne Wahrheit: Pfade zu einer zukunftsfähigen Nachhaltigkeitsforschung. Reaktion auf T. Jahn. 2013. Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung braucht eine kritische Orientierung. In: GAIA 22/1, S. 29-33.
- UNDESA (UN Division for Sustainable Development) (2012):** A Guidebook To the Green Economy Issue 2: exploring green economy principles, online: <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/743GE%20Issue%20nr%202.pdf> [letzter Zugriff 5.10.2014]
- UNEP (2011):** Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication - A Synthesis for Policy Makers, online: http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/126GER_synthesis_en.pdf [letzter Zugriff 5.10.2014]
- UNESCO Kommission (2013):** Hochschulen für eine Nachhaltige Entwicklung. Ideen zur Institutionalisierung und Implementierung. Bonn.



Weingart, Peter (2003): Wissenschaftssoziologie. Bielefeld: Transcript.

Welzer, Harald (2011): Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Publikation der Heinrich Böll Stiftung, online: <http://www.boell.de/content/mentale-infrastrukturen> [letzter Zugriff 5.10.2014]

Wissenschaftsrat (2012): Fünf Jahre Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Bremen, online: http://www.wissenschaftsrat.de/presse/pressemitteilungen/2012/nummer_09_vom_29_mai_2012.html [letzter Zugriff 5.10.2014]